



TAUWETTER

... eine franziskanische Zeitschrift

OSTAFRIKA – DIE WUNDE IM FLEISCH

IMPRESSUM

Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,
Jürgen Neitzert ofm, Markus Offner, Alexa Weissmüller ofs,
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köl

Die Übersetzungen für dieses Heft aus dem Französischen besorgte
Bruder Peter Amendt.

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter
Immermannstr. 20
Postfach 24 01 39
40090 Düsseldorf
Redtauwetter@aol.com
www.tauwetter-online.de

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10) Konto 10 130 896

Editorial

Das anfängliche Interesse ist zurzeit wieder abgeflaut. Der Einsatz der Bundeswehr in der Demokratischen Republik Kongo steht. Es reduzieren sich die Nachrichten über die Präsenz der Bundeswehr zur Zeit auf die Befindlichkeit und Ausrüstung der ersten Soldaten vor Ort: auf Fragen einer tropengerechten Kleidung, der richtigen Stiefel und fehlender Sonnenbrillen. Und natürlich darauf, ob wieder alle in möglichst kurzer Zeit nach der Wahl im Kongo in die Bundesrepublik zurückkehren – möglichst ohne Konfrontation und Konflikte während des auf die relativ sichere Hauptstadt reduzierten Einsatzes. Man hofft auf eine Episode mit Erinnerungsfotos – und nur kein ernsthafter Einsatz mit Folgen des Typs Afghanistan!

Die nachfolgenden Berichte wollen tiefer blicken. Worum geht es vor Ort? Mit welchen Karten wird da gespielt? Wer sind die Mächte, die die Geschicke des Kongos in den letzten Jahren maßgeblich bestimmt haben und noch bestimmen? Und: Wie geht es dabei dem Volk, dem „Souverän der Demokratie“, in den drei hier vorgestellten Ländern Kongo, Uganda und Ruanda, die alle die Verwirklichung der Demokratie in ihre Verfassung und Programme geschrieben haben und deren Geschicke im Kongo so eng verwoben sind?

Während Gisela Fleckenstein und Peter Amendt eine Übersicht zu der Geschichte und Situation der Demokratischen Republik Kongo – des früheren Zaire – geben, geht Wolfgang Schonecke von den Afrikamissionären der heutigen Situation in Uganda nach. Ein besonderes Augenmerk fällt in diesem Kontext Ruanda zu. Denn der unvergessene Völkermord von 1994 gegen die Tutsi-Bevölkerung und moderaten Hutus mit den nachfolgenden Umwälzungen innerhalb des Landes und zugleich auf kongolesischem Boden ist zweifellos der wichtigste Auslöser für gewaltige Veränderungen im „Herzen Afrikas“ seit 1996. Sie beginnen mit dem Einmarsch der Rebellen unter Laurent Désiré Kabila und dem anschließenden „ersten afrikanischen Weltkrieg“ ab 1998, der bis zu zehn Länder gleichzeitig im ehemaligen Zaire (Kongo-Kinshasa) eingreift.

fen und ihre eigenen, vorrangig ökonomischen Interessen auf kongoleischem Boden mit Militärgewalt verfolgen ließ.

Aber die Geschehnisse in Ruanda waren nicht nur in großem Maß der – mit zweijähriger Verspätung einsetzende – Auslöser für diesen Krieg. Zugleich laufen viele Fäden des Krieges und der Vorgänge im Kongo in Kigali zusammen. Als zeitweilige wichtigste Besatzungsmacht (1998-2002) bestimmt Ruanda mal offen, mal verdeckt bis heute mit, was im Kongo geschieht.

Nach einem ersten Überblick durch Peter Amendt geht ein Offener Brief und ein durch viel Detailkenntnis ausgewiesener Bericht dreier Verfasser aus dem Kivu auf die Situation im Nachbarland Ruanda ein. Dieselben Autoren (Idesbald Byabuze Katabaruka, Vicky Ciharhula, Teresina Caffi), die dem Menschenrechtszentrum Olame der Erzdiözese Bukave nahe stehen und im Raum Bukavu zuhause sind, berichten anschließend über die Menschenrechtssituation am Beispiel von zwei Dörfern in Süd-Kivu, die unmittelbar von den heutigen Folgen des Völkermordes in Ruanda betroffen sind – sie sind Opfer jener Huts, die, aus Ruanda geflüchtet oder vertrieben, zum Schrecken der einheimischen Bevölkerung im Süd-Kivu geworden sind und deren Rückkehr nach Ruanda sich die Bevölkerung des Kivu sehnlichst wünscht. Beide Berichte stammen aus der Zeit von Mai bzw. Juni 2005 und sind unseres Wissens bisher nicht veröffentlicht. Sie kamen unmittelbar aus dem Raum Kivu durch uns persönlich bekannte Ordensleute zu TAUWETTER: Ihre Bedeutung und Aktualität bis heute haben sie nicht eingebüßt. Sie laden zur Diskussion und zum Nachdenken ein, aber auch zur Frage: „Können wir schweigen – wenn Menschenrechte derart missachtet werden?“

Wir wünschen unseren Lesern eine intensive Begegnung mit Ländern im Herzen eines Kontinentes, der uns alle angeht.

Ihre Tauwetter-Redaktion.

Inhalt

MÄCHTE, DIE DAS HERZ DES KONTINENTS BESTIMMEN	6
<i>PETER AMENDT OFM</i>	
DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO –	
DIE LANGE LEIDENSGESCHICHTE EINES GROSSEN LANDES	9
<i>GISELA FLECKENSTEIN OFS UND PETER AMENDT OFM</i>	
UGANDA: DIE NÄCHSTEN JAHRE WERDEN HART	21
<i>WOLFGANG SCHONECKE, AFRIKAMISSIONAR</i>	
RUANDA, EIN LAND UNTER DEM FLUCH DES ETHNOZIDS	28
<i>PETER AMENDT OFM</i>	
ACHTUNG!, RUANDA:	34
<i>IDESBALD BYABUZE KATABARUKA, VICKY CIHARHULA, TERESINA CAFFI</i>	
OFFENER BRIEF AN PRÄSIDENT PAUL KAGAME	
DER BERICHT: „ACHTUNG!, RUANDA“ .- „ALERTE RWANDA“	
KARAWANE DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT	66
MIT DEN BEVÖLKERUNGEN VON WALUNGU UND KANIOLA IM SÜD-KIVU,	
DEM.REP. KONGO (12.–13. 5. 05)	
<i>IDESBALD BYABUZE KATABARUKA, VICKY CIHARHULA, TERENSINA CAFFI</i>	

MÄCHTE, DIE DAS HERZ DES KONTINENTS BESTIMMEN

Peter Amendt ofm

Spätestens seit dem 11. September 2001 steht – von Horrormeldungen abgesehen – der „schwarze Kontinent“ im Windschatten der Nachrichten. Nur selten tritt er daraus hervor wie jetzt, da erstmals deutsche Soldaten im Rahmen eines EU-Mandates zur Überwachung der Wahlen im Raum der Hauptstadt Kinshasa in der Demokratischen Republik Kongo eingesetzt sind. Es geht dort vordergründig um die Wahlen – und zugleich darum, präsent zu sein, wenn es um die Durchsetzung der eigenen wirtschaftlichen Interessen geht.

Für viele kam durch die Diskussion im deutschen Parlament und den Besuch des Verteidigungsministers Jung in Kinshasa dieses Land erst wieder in den Blick – für eine Momentaufnahme, so scheint es. Dabei ist nichts falscher als diese Einschätzung. Denn hier, im geografischen Herzen Afrikas, ist ein Ringen um wirtschaftliche, politische und strategische Macht im Gange, die vieles in den Schatten stellt, was uns bei uns selbst wichtig erscheint. Auch wichtige Interessen deutscher Firmen werden hier verfolgt, verteidigt und durchgesetzt. Von daher kann man sehr wohl sagen, dass deutsche Interessen nicht nur am Hindukusch (Peter Struck als Verteidigungsminister), sondern auch im Herzen Afrikas „verteidigt“ bzw. richtiger erstritten werden und dass sie sehr bewusst in das strategische Kalkül einer modernen nationalen und übernational eingebundenen Militärpolitik (Nato- oder UN-Auftrag) einfließen.

Dieses vielseitige gesteigerte Interesse am Zugriff auf Teile des Kongos hat – von allen augenblicklichen Wirren und Allianzen abgesehen – notwendig zum tiefgreifenden Konflikt geführt, der – für die einen als Bürgerkrieg, für die anderen als Angriffs- und Besatzungskrieg mit insgesamt über 4 Mio. Toten, deren Zahl durch die Nachfolgewirren auch heute noch um ca. 1.000 Tote täglich wächst, – die Demokratische Republik Kongo zum Dauerschlachtfeld über zahlreiche Jahre hin gemacht hat. Nicht umsonst wurde schon das Wort vom „afrikanischen Weltkrieg“ geprägt, der Ende der Neunziger Jahre bis hinein in unser 21. Jahrhundert in diesem Subkontinent tobte und zahlreiche Länder auf den Kriegsschauplatz gerufen hat: Uganda, Ruanda, Burundi, Simbabwe, Angola, Kongo-Brazzaville, um nur die wichtigsten zu nennen. Sie alle – und noch mehr Länder (z.B. südafrikanische Söldner von privaten Söldnerfirmen) – standen sich, von den eigenen, schwachen militärischen Kräften der Demokratischen Republik Kongo ganz abgesehen, im Kampf gegenüber, um möglichst viel von dem „Kuchen“ der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes für sich zu sichern und eigene Interessen wie z.B. die militärische Bekämpfung und Verfolgung der eigenen bewaffneten Opposition auf kongolesischem Boden durchzusetzen (so im Falle des militärischen Eingreifens Angolas).

Dies alles wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht auch die alten Kolonialmächte mit ihren Interessen, dazu multinationale Firmen und vor allem die USA mit ihrem politischen Einfluß, ihrer militärischen Infrastruktur (vor allem: Helikopter, Militärgerät) und durch die rabiate Verfolgung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen direkt oder indirekt massiv in die Geschicke auf kongolesischem Boden eingegriffen und dadurch die kriegerischen Auseinandersetzungen in der einen oder anderen Form noch gefördert hätten.

All das zeigt: Der Blick hinter die Kulissen und über die Worthülsen von Sonntagsreden wie „Wir bringen die Demokratie in den Kongo“ hinaus ist erforderlich, um auch nur ein wenig zu verstehen, was im Herzen des Kontinentes vor sich geht.

Zu diesem Zweck – alles andere ist hier überhaupt nicht leistbar – soll der Blick nach Art eines Blitzlichtes auf drei Länder gerichtet werden. Ihre Geschichte ist mittlerweile aufs Engste miteinander verwoben, und zugleich dürfen sie in diesem Subkontinent zu Recht als Hauptakteure bzw. als unmittelbar Leidtragender dieser tiefstgreifenden Umwälzungen gelten.

Es ist zum einen die – nach Mobutu – äußerst geschwächte Demokratische Republik Kongo selbst (das Ex-Zaire Mobutus). Sie ist neben allen internen Rivalitäten, den bewaffneten Übergriffen der eigenen, wenig disziplinierten und vielfach demoralisierten Streitkräfte sowie den eigenen ethnischen Konflikten im Wesentlichen das Opfer der vielfach von außen gesteuerten Rebellionen und Konflikte vor der Zeit der Übergangsregierung der Nationalen Einheit sowie das Opfer der ungehemmten wirtschaftlichen Interessen Dritter.

Ihm stehen vor allem Ruanda und Uganda mit ihren teils sich ergänzenden, vielfach aber auch sich wirtschaftlich und militärisch bekämpfenden Eigeninteressen gegenüber. Beide Länder haben die jüngsten Kongokriege je unterschiedlich gefördert, darin eingegriffen und haben alles, was sie mitnehmen und plündern konnten, als Besatzungsmacht auch für sich politisch, militärisch und wirtschaftlich „nutzbar“ gemacht.

Hierbei gerät vor allem das Tutsi-regierte Ruanda unter Leitung von Paul Kagame in den Blick, da seine Regierung bis heute direkt oder indirekt am stärksten als Militär- und Besatzungsmacht in das Schicksal der Demokratischen Republik Kongo eingegriffen hat und dabei sich stets auf die sog. legitimen Eigeninteressen berief. Dies geschah bewusst im Namen der Opferrolle (der Völkermord 1994 vor allem an den Tutsi diente und dient als Legitimation für die Verfolgung der Hutus als „Völkermörder“ – Génocidaires – auf kongolesischem Boden) und im Namen einer hemmungslosen Vorwärtsverteidigung, mit der die Expansionsinteressen des Landes in den rohstoffreichen Kivu hinein gerechtfertigt werde

Die demokratische Republik Kongo – die lange Leidensgeschichte eines großen Landes

Peter Amendt ofm und Gisela Fleckenstein ofs

Die Geschichte des heutigen Kongo ist von einer Kette menschlichen Leids geprägt. Die Machthaber waren und sind mehr an den reichhaltigen Bodenschätzen des Kongos interessiert, als an den dort lebenden Menschen. Das Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo umfasst 2.345.410 qkm und ist somit sechseinhalbmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung von 1990. Im drittgrößten Staat Afrikas leben ca. 59 Millionen Menschen, die zu verschiedenen Ethnien gehören (80% Bantustämme). In Kongo gehören 91% der Gesamtbevölkerung dem Christentum an; etwa 5% gehören zu den traditionellen afrikanischen Religionen; daneben gibt es muslimische und jüdische Gemeinden (ca. 3%). Die Amtssprache ist Französisch, doch gleichzeitig werden über 200 andere Sprachen im Land gesprochen.

Kongo verfügt über reichhaltige und weltweit begehrte Bodenschätze. Die wichtigsten sind Gold, Diamanten, Coltan (Hartmetall mit guter Leitfähigkeit), Kupfer, Kobalt, Mangan, Zink, Zinn, Cadmium, Erdöl und Silber. Dieser Reichtum ist zugleich der Fluch des Landes.



Abriss der geschichtlichen Entwicklung: die Zeit bis nach der Unabhängigkeit (1960)

Nach der Entdeckung des Kongoflusses und der angrenzenden Gebiete durch die Portugiesen im Jahr 1482 verschleppten Sklavenhändler jahrhundertelang Menschen nach Amerika und in den arabischen Raum. Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Kongo zum Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II. (1835–1909). Der Staat war mit 342.000 Quadratkilometern 80mal so groß wie das damalige Königreich Belgien. Der Kongo und seine Menschen wurden ausgebeutet. Kinder und Erwachsene mussten auf Plantagen arbeiten. Wer sein Arbeitssoll in den Bergwerken oder auf der Kautschukplantage nicht erfüllte, dem wurden die Hände abgehackt.

Am 15. November 1908 wurde aus dem „Freistaat Kongo“ eine belgische Kolonie, weil der König – wegen enorm gestiegener Verwaltungskosten und Überprüfung seiner dortigen Aktivitäten – seinen Staat dem belgischen Königreich übergeben musste. Die Kolonie bekam den Namen Belgisch-Kongo.

Im Frühjahr 1960 wurde das Land nach Wahlen in die Unabhängigkeit entlassen. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Belgisch-Kongo etwa 20 parteipolitische Gruppierungen, die sehr stark von ethnischem Partikularismus beeinflusst waren. Allen Parteien gemeinsam war, dass sie kein tragfähiges politische Konzept für die Unabhängigkeit hatten. Der Führer der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung Patrice Emery Lumumba (1925–1961) wurde der erste Ministerpräsident. Seine Partei „Mouvement National Congolais“ (MNC, Kongolesische Nationalbewegung) war als stärkste politische Kraft aus den Parlamentswahlen im Mai 1960 hervorgegangen. Lumumba konnte das auseinanderstrerende Land, insbesondere die im Südosten gelegene Provinz Katanga (Hauptstadt Lubumbashi), nicht zusammenhalten. Die an Kupfer und Kobalt reiche Region spaltete sich ab. Es begannen blutige Kämpfe um die Macht, in die auch weiße Söldner und die Vereinten Nationen eingriffen (sog. Biafra-Krieg). Der damalige UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld (1905–1961) kam bei seinem Kongo-Aufenthalt auf dem Weg nach Katanga bei einem bis heute nicht geklärten Flugzeugabsturz ums Leben.

Der neue starke Mann: Joseph Mobutu

Belgisch-Kongo war gerade 18 Monate in der Unabhängigkeit, als Joseph Mobutu (1930–1997), ein früherer Assistent Lumumbas, nach einem durch die USA und Belgien unterstützten Putsch, die Macht übernahm. Dies war der Beginn einer der längsten und grausamsten Diktaturen in Afrika. Lumumba, der aus der Haft entflohen konnte, wurde wieder aufgegriffen und dann an seinen Gegner, Moïse Tschombé (1919–1969), den Sezessionistenehrener in Katanga, ausgeliefert. Dieser ließ Lumumba im Januar 1961 ermorden.

Nach weiteren internen Machtkämpfen führte Mobutu im November 1965 einen zweiten Staatsstreich durch und ernannte sich selbst – zunächst für fünf Jahre zum Präsidenten. Er ließ Gegner hinrichten, bildete die Einheitspartei „Mouvement Populaire de la Révolution“ (MPR) und unterdrückte jegliche Opposition. Léopoldville, die Haupt-

stadt von Belgisch-Kongo, hieß nun Kinshasa. 1970 ließ er sich erneut zum Präsidenten „wählen“ und 1971 wurde das Land in Republik von Zaire umbenannt. Mobutu, der vor allem durch seine Verschwendungs-sucht und das Tragen einer Leopardenfellmütze bekannt wurde, änder-te seinen Namen in Mobutu Sese Seko („allmächtiger Krieger“).

Die Shaba-Invasion (Katanga) aus dem benachbarten Angola löste 1977 im Süden Zaires einen Guerillakrieg aus, an dem die Interessen des Westens und der Ostblock-Staaten in Zentralafrika aufeinander trafen. Mobutu konnte diesen Katanga-Aufstand mit Hilfe ausländischer Mächte niederschlagen. Auch 1977 wurde der Präsident „wiederge-wählt“. Mobutu mehrte weiter seinen privaten Reichtum aus den Bodenschätzten des Landes. Die aus dem Abbau von Bodenschätzten resultierenden Devisengewinne ließ er auf privaten Konten deponieren. 1948 entsprach sein auf mehr als drei Milliarden US-Dollar geschätztes Privatvermögen in etwa den damaligen Auslandsschulden des zentral-afrikanischen Staates. Neben einem prunkvollen Palast verfügte der Diktator über einen privaten Flugplatz in seiner Heimatstadt Gbadolite, auf dem die Concorde landen konnte. Diese wurde für Einkaufsflüge nach Paris oder für Urlaubsreisen zu seiner Villa am Mittelmeer gechar-tiert. Die Infrastruktur des Landes brach völlig zusammen, und der Lebensstandard der Bevölkerung sank immer mehr ab.

In einer Übergansepoke zwischen 1990 und 1992, die auch das Ende der Einheitspartei einlätete, versprach Mobutu demokratische Wahlen und setzte eine Übergangsregierung ein; er behielt aber weiter alle Macht – vor allem über das Militär und die Sicherheitsorgane – in seinen Händen. Nach Massakern unter Studenten in Lubumbashi rück-ten Belgien, die USA und Frankreich von Mobutu ab.

Es entstand – trotz Verbot und Befehl zur Auflösung – eine Gegenre-gierung unter Bischof Laurent Monsengwo und Etienne Tshisekedi. Diese wurden 1993 im Hohen Rat der Republik zusammengefasst, der die demokratische Machtübergabe von Mobutu organisieren sollte. Es kam zu Massakern durch die Armee Mobutus, die zahlreiche Tote forderten.

Die Tutsi, die Mobutu feindlich gesinnt waren, eroberten 1993 einen Teil von Ostzaire. Sie fanden Unterstützung in den Banyamulenge, die vor Jahrzehnten aus Ruanda in den Kivu eingewandert waren und immer nach mehr Selbständigkeit strebten sowie mit einem Anschluß an Ruanda liebäugelten.

Der Erste Kongokrieg

Auf dem Höhepunkt des tragischen Völkermordes 1994 an Tutsi und gemäßigten Hutus in Ruanda, als Paul Kagame und seine FPR-Armee von Uganda aus nach Kigali durchmarschierte und die Macht übernahm, kam Frankreich den fliehenden Hutus – darunter sicherlich vielen „Génocidaires“ (Völkermörtern) – zu Hilfe. Im Pakt mit Mobutu, dem offenbar finanzielle Hilfe und politische „Nachsicht“ angesichts seines diktatorischen Vorgehens zugesichert wurde, startete es vom kongolesischen Boden aus die Bildung einer „freien Gasse“ auf ruandischem Boden, durch die über eine Million Hutus sich auf kongolesischen Boden flüchten konnten. Auf diese Weise kamen dort über 1 Million Flüchtlinge aus Ruanda in großen Camps notdürftig unter. Dies kam in den Augen der neuen Tutsi-Regierung in Kigali einer Kriegserklärung gleich, fürchtete doch der starke Mann Ruandas und damaliger Verteidigungsminister Paul Kagame – der heutige Präsident – stets, diese immer noch bewaffneten Hutu-Flüchtlinge, die in seinen Augen ausnahmslos „Völkermörder“ waren, könnten vom kongolesischen Boden aus Ruanda angreifen und seine Herrschaft bedrohen.

Ebenso wie Frankreich stand Mobutu unausgesprochen auf Seiten der Hutu, zumal da er das Wiedererstarken der kriegserprobten und aus dem englischsprachigen Uganda zurückgekehrten Tutsiverbände in Kigali als Bedrohung seiner eigenen Macht fürchtete. Er erließ ein Gesetz, welches alle Tutsi, unter Androhung der Todesstrafe aus Zaire auswies.

Dies war das Startsignal für eine offene Rebellion. Die Banyamulenge, militärisch unterstützt von Kigali, verbündeten sich mit anderen

oppositionellen Gruppen, die schon lange auf eine Gelegenheit warten, in Zaire einzumarschieren. Laurent-Désiré Kabila (1939–2001) trat 1996 an die Spitze der von Uganda, Ruanda und den Amerikanern unterstützten neu gegründeten Bewegung „Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL)“. Seine bunt gemischte Truppe von Aufständischen wurden von amerikanischen Experten logistisch unterstützt, so dass in kurzer Zeit das Riesenreich Zaires von Osten aus trotz der fehlenden Verkehrsinfrastruktur aufgerollt werden konnte. Augenzeugen berichten von dem nächtlichen Transport der eindringenden Truppen durch amerikanische Helikopter, da die Rebellen selbst über keine Flugzeuge oder Helikopter verfügten. Nach gescheiterten Waffenstillstandsgesprächen gelang den aufständischen Rebellen mit amerikanischer Hilfeleistung 1997 die Eroberung der Hauptstadt Kinshasa. Kabila übernahm das Präsidentenamt. Mobutu flüchtete ins Exil nach Marokko, wo er seinem Krebsleiden erlag.

Kabila benannte Zaire um in Demokratische Republik Kongo. Er, der in Kinshasa noch als Befreier begrüßt worden war, verlor schon nach zwei Jahren die Unterstützung seiner ruandischen Gönner, die ihn nicht – wie geplant – steuern konnten. Als er im Verlaufe des Jahres 1998 die ruandischen Offiziere – alles Tutsi – ultimativ zur Rückkehr nach Ruanda aufforderte, schlossen sich rebellierende Truppenteile unter ruandischer Leitung im Osten Kongos mit Teilen der Streitkräfte aus Burundi, Ruanda und Uganda zusammen, um Kabila zu stürzen. Dem hatte Kabila an eigenen Truppen wenig entgegenzusetzen, so dass der Vormarsch der Rebellen auf Kinshasa unaufhaltsam zu werden schien. Darauf rief Laurent Kabila Truppen aus Simbabwe, Angola und Namibia zur Hilfe, die den Vormarsch der Rebellenarmee noch vor Eintreffen in Kinshasa zum Stoppen brachten.

Der Zweite Kongokrieg oder ein „afrikanischer Weltkrieg“

Rückblickend wird die Zeit zwischen 1996 und 2002 auch als „Kongokriege“ bzw. ab 1998 auch als „afrikanischer Weltkrieg“ bezeichnet. An diesem „afrikanischen Weltkrieg“ waren neben den schon genann-

ten weitere Staaten mit eigenen Truppen beteiligt, so auch Tschad und Sudan. Indirekt miteinbezogen waren die USA, Frankreich, Tansania, Sambia, Libyen und Südafrika. Daneben beteiligten sich Söldner aus Rumänien, Serbien, der Ukraine, der früheren Kolonialmacht Belgien, Frankreich, Südafrika und auch eine Einheit aus Nordkorea. Die bisherigen Unterstützerländer ließen Kabila fallen, er konnte neben den versprengten Gruppen der kriegserfahrenen ruandischen Hutus im Kongo, die er in seine Armee aufnahm, nachdem er sie zuvor bekämpft hatte, nur auf Hilfe der südlichen Nachbarn des Kongo vertrauen. Deren Eingreifen schließlich führte zu einem Patt und zur faktischen Teilung des Landes auf Jahre hinaus wobei der Einfluß der Regierung entlang einer imaginären Linie im unmittelbaren Hinterland von Mbandaka – Mbuji-mayi und Likasi (ehemalige Provinz Shaba, heutiges Katanga) endete.

Das erste Friedensabkommen von 1999 in Lusaka wurde von beiden Seiten nicht eingehalten. Es bildeten sich zahlreiche Rebellengruppen, und der Kongo zerfiel in Dutzende von regionalen Einheiten mit eigenen politisch-militärischen Strukturen und Machthabern, die sich durch den Verkauf von Bodenschätzen Geld für Waffen beschafften. Sie folgten damit der Tradition dieser Kriege. Denn der Zugang zu den schon genannten überreichen Bodenschätzen des Landes (darunter: Gold, Diamanten, Coltan, Kobalt, Kupfer in größten Mengen und zum Teil im Tagebau abzubauen; vor allem in den Provinzen: Nord- und Süd-kivu; Kasai; Katanga) waren einer der Hauptgründe für diese weltkriegsähnlichen Auseinandersetzungen auf dem afrikanischen Kontinent. Die in den Krieg verwickelten Staaten verbanden mit dem militärischen Engagement fast alle unmittelbar wirtschaftliche Interessen; zudem versuchten mehrere von ihnen, inländische Probleme auf dem Boden Kongos zu lösen oder zumindest von ihnen wirksam abzulenken.

Angesichts der großen Gefahren, die von diesem Krieg für das ganze südliche und östliche Afrika ausgingen, sowie im Blick auf die erforderliche Eindämmung himmelschreiender Menschenrechtsübergriffe der auf eigene Faust operierenden Kriegsherren (Warlords) einigte sich die UNO auf die „Mission der Vereinten Nationen in der Demo-

kratischen Republik Kongo“ (MONUC), die im Jahr 2000 die ersten „Blauhelme“ mit Beobachterstatus im Kongo zum Einsatz brachte. Seitdem versucht diese bis heute im Blick auf die Größe des Landes zahlenmäßig ungenügende Truppe, in den Konflikten soweit wie möglich zu vermitteln.

Eine neue Etappe: Joseph Kabila

Im Januar 2001 wurde Präsident Laurent Kabila unter nicht weiter geklärten Umständen von einem seiner Leibwächter ermordet. Die Armee setzte daraufhin seinen Sohn Joseph Kabila in das Präsidentenamt ein. Ihm wird bis heute nachgesagt, dass seine Mutter eine Tutsi sei und er von daher gegenüber seinem leicht aufbrausenden Vater einen besseren „Draht“ zu Ruanda und zu den tutsi-beherrschten Rebellen im Land habe. Obwohl ohne eigene Hausmacht und noch sehr jung, gelang es ihm zeitweise, mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der ihn tragenden ausländischen Truppen (vor allem Angola), innerkongolese Verhandlungen mit den abtrünnigen Provinzen aufzunehmen. Im Juli 2003 bildete er eine Übergangsregierung, in der auch Vertreter der verschiedenen Rebellengruppen waren. Der Waffenstillstandsprozess wird von 17 000 UN-Blauhelmen überwacht. Am 26.10.2004 kam es schließlich zur Unterzeichnung des „Tripartite-Agreement“ zwischen Ruanda, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo, das die drei Regierungen verpflichtete, die auf dem jeweiligen Territorium tätigen Rebellengruppen zu entwaffnen.

Nach wie vor bilden die östlichen Provinzen große Unruheherde, und dies nicht zuletzt deshalb, weil es trotz der Verträge von Rom (2005) zwischen der Regierung in Kigali und den Vertretern der Hutu-Flüchtlinge und ihren Milizen zu keiner tragfähigen Basis für eine Rückkehr der noch in den Ostprovinzen verbliebenen ruandischen Hutu gekommen ist. Inzwischen sind sie spätestens seit dem genannten Drei-Parteien-Übereinkommen und auf den unmittelbaren Druck Kigalis hin aus dem Dienst der kongolesischen Armee ausgeschlossen und zur Entwaffnung aufgefordert. Mittlerweile haben sie in der Regierung der Demokrati-

ischen Republik Kongo keinen Rückhalt mehr und werden mit allen Mitteln zu einer Rückkehr gedrängt, die ihnen wenig Gutes verheißt.

Die zunächst für den 30. Juni 2005 vorgesehenen demokratischen Parlamentswahlen wurden ausgesetzt. Auch die für den 18. Juni 2006 angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden wiederum verschoben. Inzwischen hat im Juli 2006 der Wahlkampf begonnen. Er wird u. a. durch Einsatzkräfte der Bundeswehr im Verein mit anderen europäischen Teilstreitkräften im Raum Kinshasa beobachtet und geschützt.

Menschenrechtslage

Schon unter der Diktatur Mobutus wurden die Menschenrechte massiv unterdrückt. Seit 1998 kamen im Kongo durch Krieg, Hunger, Seuchen und Krankheiten je nach Zählweise zwischen 3,8 und 4 Millionen Menschen ums Leben. In verschiedenen Landesteilen gehört die Rekrutierung von Kindersoldaten, die Vergewaltigung von Frauen, die Verschleppung von Menschen und die Ermordung von Zivilisten nahezu zum Alltag. Hinzu kommt das Wiederauffackern von krimineller Gewalt und Brutalität in ihren vielfältigsten Erscheinungsformen, ja bis hin zur Menschenfresserei.

Gewalt geht vor allem von versprengt im Regenwald operierenden Gruppen der sogenannten „Kriegsverlierer“ aus. Dabei handelt es sich u.a. um von Zugang zu Geld und Bodenschätzen ausgeschlossene ethnische Gruppen im Kivu und in Katanga (insbesondere im Raum Likasi-Kolwezi). Zu ihnen gehören Kriegsveteranen der kongolesischen Armee, die auf keiner Soldliste mehr stehen und perspektivlos in die Zukunft blicken, aber auch gewöhnliche Banden, die aufgrund ihrer bekannt gewordenen Übergriffe nicht mehr ins normale Leben zurückkönnen. Hinzu kommen neue ethnischen Konflikte, wie sie im Raum Bunia sehr bekannt geworden sind, und die Existenz der sog. „Genozidären“ („Völkermörder“). Bei letzteren handelt es sich um versprengte Hutu-Milizen in großer Zahl aus dem 1998 von Ruandern und der Rebellengruppe von

Laurent Kabilia überrannten und dem Erdboden gleichgemachten Lagern der 1994 aus Ruanda geflohenen Hutugruppen (ca. 1. Million Menschen). Diese ehemaligen Milizen haben keine Zukunft im Kongo; sie sollen nach Ruanda zwangsrepatriert werden. Doch dort erwartet sie – trotz des genannten Vertrages von Rom (2005) – keine Sicherheit und Amnestie. Ihnen bleibt in den Gebieten des Regenwaldes zumeist nur das Überleben in der Illegalität und gemäß dem Faustrecht.

Menschenrechtsverletzungen

Die Demokratische Republik Kongo ist in zwei Haupteinflussgebiete geteilt. Der Osten und Südosten des Landes (Kivu, Kasai, bis östlich von Likasi und Kolwezi) werden von Ruanda und Uganda beeinflusst und der Westen (Linie Lubumbashi – Mbuji-Mayi – Kananga) gehört zum nicht besetzten, d.h. freien Kongo. Grausame Menschenrechtsverletzungen werden aus Kivu und Katanga mitgeteilt.

Berichte des Menschenrechtszentrums Olame der Erzdiözese Bukava berichten schon 2005 von bedrückenden Verletzungen aller elementarer Menschenrechte. Kleine Gruppen versprengter Hutu-Milizen und krimineller Kongolesen stahlen, um sich selbst ernähren und ausrüsten zu können, mangels anderer Möglichkeiten zuerst das Vieh und die Feldfrüchte der Dorfbewohner in Walungu und legten den Einwohnern Zwangsabgaben auf. Als deren Vorräte erschöpft waren, ging man dazu über, durch Entführungen Geld zu erpressen. Dort, wo vor lauter Armut das Geld nicht zusammen kam – und manchmal ging es um umgerechnet wenige Dollar, manchmal auch um enorme Summen, je nach Liquidität der Betroffenen – wurden die Entführten nach Folter und Vergewaltigung ermordet. Die traditionell schlecht bezahlte kongolesische Armee (FARDC) schaut dabei ebenso tatenlos zu, wie die UN-Beobachter der MONUC. Ja, diese Praktiken wurden zum Teil auch von der kongolesischen Armee übernommen.

In einer Stellungnahme des OLAME-Zentrums für traumatisierte Frauen der Diözese Bukavu vom März 2005 ist zu lesen:

„Vom 7. Januar bis zum 11. Januar 2005 wurden 13 Personen von Bewaffneten aus Izege in den Wald abgeführt. Es waren 7 Kinder, 5 Frauen und ein Mann. Das Mädchen von 14 Jahren, das von da zurückkam, hat mir berichtet, dass der Mann, der ihr Onkel war, vor ihren Augen getötet wurde, denn das Lösegeld kam nicht. Man gab ihr das Messer voller Blut, um es abzuwaschen, damit sie, wie sie sagten, danach ihr Bedürfnis fortsetzen ... Dieses Mädchen von 14 Jahren wurde von 4 Männern an jedem Tag ihrer Gefangenschaft vergewaltigt ... In Walunga befinden sich die MONUC und die FARDC. Sie waren auf dem Laufenden, dass diese Gruppe von 13 Personen in den Händen bewaffneter Männer aus dem Regenwald waren, denn man hatte 4 Personen geschickt, damit sie, eine nach der anderen, das Lösegeld besorgten. Keiner hat sich auch nur bewegt, um sie zu befreien ...“ (Bericht von Sr. Bibiane Cattin SMNDA)

Erst, als eine dieser Personen zum OLAME-Zentrum kam und dort das geforderte Lösegeld von 100 US-Dollar erhielt, wurde die Gruppe frei und kehrte in ihr Dorf zurück. Weitere Augenzeugenberichte, die zum Teil noch schlimmere Übergriffe schildern, ergänzen das Bild von der völligen Rechtlosigkeit der Bewohner dieser Dörfer und der Untätigkeit der zu ihrem Schutz anwesenden kongolesischen Armee sowie der Beobachtergruppe der MONUC. Lesen wir dazu ein weiteres Zeugnis einer Frau aus einem der direkt betroffenen Dörfer, welches von Sr. Bibiane Cattin zitiert wird:

„Seit die FARDC und die MONUC hierher gekommen sind, sind die Leute aus dem Wald viel gewalttätiger und kommen ohne Unterbrechung. Darüber hinaus machen die FARDC dasselbe. Wir leiden durch sie nicht nur allein in der Nacht, sondern jetzt auch über Tag. Was beunruhigt, ist zu sehen, dass wir nicht in Frieden unserer Feldarbeit nachgehen können und dass unsere Ernten uns durch alle Bewaffneten weggenommen werden. Werden sie uns nicht selbst am Ende noch auffressen?“

Der Bericht schildert keine Ausnahmefälle. Er wird gestützt von den Ergebnissen einer „Karawane des Friedens und der Solidarität mit

den Bevölkerungen von Walungu und Kaniola, Süd-Kivu, Demokratische Republik Kongo vom 12.-13. Mai 2005“, an der Ordensleute teilgenommen haben. Diese schließen nicht aus, dass hinter diesen Vorgängen eine Taktik des ruandischen Staates selbst steckt, der solche Übergriffe fördert, um damit den Verbleib ruandischer Truppen auf kongolesischem Gebiet zu legitimieren und zugleich die Hutu-Gruppen im Kongo insgesamt zu diskreditieren, denen diese Praktiken nach Kräften in die Schuhe geschoben werden.

An das Gehör der Mächtigen dringen

Solche Berichte machen hilflos. Franziskaner und Franziskanerinnen dürfen nicht untätig bleiben. Falsch wäre ein Schweigen über die bekannten Vorgänge. Durch die Nichtregierungsorganisation „Franciscans International“ haben Franziskaner und Franziskanerinnen die Möglichkeit genutzt, diese Berichte auf dem „politischen Parkett“ an das Ohr der Mächtigen zu bringen. Es geht darum, Menschen auf Entscheidungsebenen wachzurütteln. Es geht darum, dem Bürgerkriegsland Kongo zu einem dauerhaften Frieden und zur Wahrung der Menschenrechte zu verhelfen. Die 17 000 in Kongo stationierten UN-Blauhelme, die überwiegend aus Indien, Pakistan und Bangladesch kommen, gelang es bisher nicht, den Überfällen, Mord- und Plünderungsaktionen der bewaffneten Banden Einhalt zu gebieten.

UGANDA: DIE NÄCHSTEN JAHRE WERDEN HART

P. Wolfgang Schonecke, Weiße Väter, Köln

Ähnlich wie manchen anderen jungen Staaten Afrikas brachte 1962 die von Großbritannien seiner afrikanischen „Perle“ und Vorzeigekolonie Uganda gewährte Unabhängigkeit dem Land schon bald Bürgerkrieg und Hunderttausende Tote unter den einander folgenden Regierungen von Idi Amin und Milton Obote. Als Letzterer 1985 durch einen Militärputsch gestürzt wurde und an seiner Stelle Yoweri Museveni an die Macht kam, schien eine neue, demokratische Zeit angebrochen. Viele Hoffnungen gerade der westlichen Länder waren auf ihn gerichtet.

Von daher wurde der Einmarsch ugandischer Truppen Seite an Seite mit dem befreundeten Ruanda des Paul Kagame und den Rebellen des Laurent Desiré Kabila 1996 in das Staatgebiet des damaligen Zaire (heute: Demokratische Republik Kongo) vergleichsweise milde beurteilt, ja als Hilfe zur Befreiung des Zaire von der Diktatur Mobutus angesehen. Seitdem haben ugandische Truppen das Land trotz vielfältiger Beteuerungen nicht wieder verlassen, und Uganda, das selbst kein Gold besitzt, hat zwischenzeitlich durch große Goldverkäufe aus den besetzten Minen Zaires seinen Staatssäckel deutlich aufgebessert. Noch immer gibt es Anzeichen dafür, dass ugandische Soldaten im Kongo kämpfen, um wenigstens indirekt seinen – mit dem inzwischen verfeindeten Ruanda zwischenzeitlich mit Waffengewalt umkämpften – Einflussbereich um Bukavu und den Zugang zu den überreichen Bodenschätzen des Kongo in der Provinz Kivu nicht zu verlieren.

Dabei wird immer deutlicher, dass Uganda – ebenso wie Ruanda – spätestens nach der Ausweisung seiner Soldaten durch Laurent Kabilia (1997) und seit dem erneuten Einmarsch zu Beginn des Zweiten Kongokriegs (1998) zu Unrecht in die Demokratische Republik Kongo eingedrungen ist, einen Teil des Landes okkupiert und dessen Bodenschätze systematisch geplündert hat: „Der Internationale Gerichtshof hat die Invasion ugandischer Truppen im Kongo als Verstoß gegen internationales Recht gewertet. Das oberste UN-Gericht mit Sitz in Den Haag verurteilte Uganda zur Zahlung von Schadenersatz für Angriffe und Ausbeutung in nicht näher bestimmter Höhe. Ugandische Truppen waren 1998 in den Osten Kongos eingedrungen und hatten das Gebiet bis 2003 besetzt“ (Aktuelle Afrika-Nachrichten, von: Netzwerk Afrika-Deutschland, Bonn, 12.12.2005).

In diesem Kontext sind die mehr auf die eigenen Probleme des Landes ausgerichteten Erfahrungen und Eindrücke des Weißen Vaters Wolfgang Schonecke zu sehen, der mehrere Jahrzehnte in Uganda gelebt und gewirkt hat und zuletzt von einem Besuch in Uganda in diesem Jahr seine Eindrücke mitgebracht hat. (TAUWETTER).

Zwanzig Jahre lang war Ugandas Präsident Yoweri Museveni für westliche Medien und Regierungen fast eine Kultfigur: modern, geistreich, nach sozialistischen Jugendsünden ein ergebener Diener aller neo-liberalen Dogmen und Diktate, vor allem ein zuverlässiger Freund Amerikas. Der ehemalige Rebellenführer wurde als Modell einer neuen Generation afrikanischer Führer hochgejubelt.

Doch Musevenis Mythos ist längst am Zerfallen. Die unmenschlichen Bedingungen, in denen 1,4 Millionen Menschen im Norden Ugandas in „Konzentrationslagern“ dahinsiechen, haben den ehemaligen Vertreter der Vereinten Nationen für Kindersoldaten, Olara Otunu, veranlasst, von einem „schleichenden Völkermord“ zu sprechen. Der Internationale Gerichtshof hat Uganda wegen Invasion und Plünderung des Kongo verurteilt und Reparationsforderungen Kongos in Höhe von sechs bis zehn Milliarden Euro zugestimmt. Auch die brutalen Methoden, mit denen er seinen ehemaligen Hausarzt und Erzrivalen Kizza Besigye im

Wahlkampf erfolgreich kalt zu stellen suchte und die diesjährige Wiederwahl zu seinen Gunsten beeinflußte, offensären Museveni als einen klassischen afrikanischen Diktator, der für sich und seinen Clan mit allen Mitteln eine Position unbegrenzter Macht erhalten will.

Keine wirklich demokratische Wahl

„Nicht einmal ein Bulldozer kann mich aus meinem Amt ziehen“, war eine der milderer Bemerkungen, mit denen Präsident Museveni den Wahlkampf einlätete, der Uganda eigentlich von einem de facto Ein- Parteien-Staat in eine Mehr-Parteien-Demokratie überführen sollte. Welche Vorstellungen von Demokratie der Präsident hat, wurde offensichtlich, als er seinen einzigen ernst zu nehmenden Gegenkandidaten, Kizza Besigye, vom „Forum für demokratischen Wandel“ (FDC) nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Südafrika kurzerhand verhaften ließ und ihm einen Prozess wegen Vergewaltigung an den Hals hing. Als das Oberste Gericht den Angeklagten gegen Kautionsfrei ließ, entführten ihn bewaffnete „Schwarze Mambas“ – eine neue berüchtigte Schutztruppe des Präsidenten – aus dem Gerichtsgebäude und brachten ihn vor ein Militärgericht, wo er obendrein noch wegen Hochverrat und illegalem Waffenbesitz angeklagt wurde. Besigye musste seinen Wahlkampf deshalb zwischen Gerichtssitzungen führen und ohne die Unterstützung des Staatsapparats, der dem Präsidenten zur Verfügung stand. Ugandas Geldgeber waren nicht gerade begeistert von Musevenis Interpretation von Rechtsstaatlichkeit und begannen, Haushaltsmittel zu kürzen, von denen Uganda zur Hälfte abhängig ist.

Wie erwartet, gewann der amtierende Präsident die Wahlen am 23. Februar mit knapp 60 % der Stimmen. Viele Wahlbeobachter erklärten die Wahl, nicht aber den Wahlkampf, für fair. Für die ökumenische Beobachtergruppe der Kirchen entsprachen die Wahlen nicht den Kriterien einer Demokratie. Wahlen werden ja bekanntlich gefälscht längst bevor Beobachter auftauchen: bei der Einteilung der Wahlbezirke, durch Ausschluß aus Wahllisten und den Kauf von Wählerkarten. Wahrscheinlich hätte Museveni auch ohne Tricks und die massive Behinde-

rung seines Hauptgegners knapp gewonnen. Die ländliche Bevölkerung im Süden unterstützt ihn weiter, denn er hat ihnen Sicherheit und einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht.

Ein positiver Aspekt der Wahlen ist sicherlich, dass sie friedlicher verliefen als vor fünf Jahren. Bemerkenswert ist auch, dass die historischen Parteien kaum mehr eine politische Bedeutung haben. Der früher stark von der anglikanischen Kirche unterstützte Uganda People's Congress (UPC), für die die Frau des verstorbenen Präsidenten Milton Obote ins Rennen ging, erhielt weniger als 4 % der Stimmen. Die „katholische“ Democratic Party (DP) versank in der politischen Bedeutungslosigkeit

Und was kommt danach?

Nach den einigermaßen friedlich verlaufenen Wahlen atmen die Menschen in Uganda erst mal auf. Jetzt kommt die Frage, wie es denn weitergehen soll angesichts einer langen Liste von Problemen. Wegen des eklatant undemokratischen Verhaltens des Präsidenten haben viele Geberländer ihre Haushaltssubventionen gekürzt. Ein Riesenloch klafft in den Staatsfinanzen, die zur Hälfte von ausländischen Zuschüssen abhängen. Eigentlich dürfte der Präsident trotz Wahlsieg nicht gut schlafen. Aus den präzisen Wahlstatistiken geht nämlich hervor, dass in den Garnisonstädten viele Soldaten gegen ihn gestimmt haben. Für einen Regierungschef, der sich immer mehr auf das Militär zur Machterhaltung stützt, ist das prekär. Eine bodenlose Korruption und die Dürre in der Region bedrohen das Wirtschaftswachstum der früheren Jahre. Der Wasserspiegel des Viktoriasees ist einen Meter gesunken. Grund ist auch ein neu gebautes Wasserkraftwerk am Jinja-Staudamm, für das die benötigte Wassermenge nicht realistisch kalkuliert wurde. Immer häufigere Stromsperren senken die Produktivität der Kleinindustrie und schrecken neue Investoren ab. In der Hitze des Wahlkampf denkt kaum jemand über die langfristigen ökologischen Probleme nach. Der rapide Bevölkerungszuwachs in der ganzen Region, der sich in der Abholzung der Wälder und dem Trockenlegen der Sumpfgebiet niederschlägt, ist eine der Ursachen der Dürre. Wie sich die dramatische Abholzung der

Urwälder im Ostkongo durch die ugandischen Militärs auf das Klima der Region auswirken wird, lässt sich kaum ahnen.

Aidsraten steigen wieder

Lange war Uganda ein Musterland in der Aidsbekämpfung. Museveni hatte noch als Widerstandskämpfer im Busch erlebt, wie seine Offiziere und Kämpfer von der geheimnisvollen Seuche weggerafft wurden. Als Präsident setzte er sich mit allen Mitteln dafür ein, das Tabu-Thema in die öffentliche Debatte zu werfen. Die Aids-Betroffenen organisierten sich zu effektiven Selbsthilfeorganisationen. Die Kirchen trugen mit dem „Behaviour Change Program“ viel zu einer Veränderung der Mentalitäten bei. Nach den offiziellen Berichten gingen die Infektionsraten von 25 % auf 7 % zurück. Viel Geld floss nach Uganda für die Bekämpfung der Pandemie. Nun stellt sich allerdings heraus, dass die Statistiken geschönt waren. Der Global Aidsfonds stellte zeitweise seine Zahlungen ein, als sich herausstellt, dass von den Hunderten von Millionen Dollar nur wenig an der Basis angekommen war. Inzwischen steigen die Infektionsraten wieder. Aids bleibt trotz aller Erfolge und dem verbesserten Zugang zu Medikamenten auch in Uganda ein Problem, das die Familien, das kirchliche Personal und die gesamte Volkswirtschaft weiterhin bedroht.

Der Norden versinkt in immer mehr in Krieg und Elend

Während die Bevölkerung des Südens am politischen Status quo interessiert ist und so für Museveni gewählt hat, hat der Norden unter seiner Führung nur Plünderung, Gewalt und Elend erfahren. Der Erzbischof von Gulu, John Baptiste Odama, nennt die Behandlung der 1,4 Millionen Menschen, die zum großen Teil von der Armee aus ihren Häusern und Höfen vertrieben und wie Vieh in überfüllte Internierungslager gepfercht wurden, „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Als einen „schleichenden Völkermord“ am Volk der Acholi bezeichnete es der ehemalige Vertreter der Vereinten Nationen für Kindersoldaten, Olara Otunu, in seiner emotionalen Rede zum Empfang des Sydney-Friedens-

Preises im November 2005. Kein Wunder, dass Museveni im Norden nur wenige Stimmen bekam. Er konnte sich vielleicht damit trösten, dass selbst die Frau des ehemaligen Präsidenten, Miriam Obote, die aus der Region stammt, unter 5 % kam.

Und tatsächlich sind die Lebensbedingungen in den zweihundert „Konzentrationslagern“ – wie Olara sie nennt – so verheerend, dass nach Berichten von Hilfsorganisationen etwa tausend Menschen pro Woche sterben und die Zahl der Selbstmorde ständig zunimmt. Olara Otunu zitiert Fakten: 41 % der Kinder seien chronisch unterernährt. In manchen Lagern gebe es nur eine Wasserstelle für zwei- bis dreitausend Menschen, in den Lagern Orom und Lugoro eine Toilette für viertausend Menschen! Bis zu dreißig Prozent der Bevölkerung sei mit HIV/Aids infiziert – oft durch Vergewaltigung der Frauen durch die Soldaten, die sie schützen sollen. Für Olara Otunu kommt diese humanitäre Tragödie einer geplanten Auslöschung des Acholi-Volkes durch Museveni gleich. Seit seinem Amtsantritt 1986 habe er die Acholi in einer jahrelangen, systematischen Hetzkampagne öffentlich als „primitiv und rückständig“, als „nicht menschliche Wesen“, als „Heuschrecken“ und „Schweine“ beschimpft.

Viele Ugander sind überzeugt, dass Museveni und seine Generäle keinerlei Interesse haben, den Konflikt im Norden des Landes mit der „Befreiungsarmee des Herrn“ (LRA) zu beenden. Museveni sabotierte immer wieder die Friedensbemühungen der kirchlichen Führer der Acholi. Guerillakriege sind schwer zu gewinnen. Aber Ugander begreifen nicht, warum die gerne als „beste Armee Afrikas“ bezeichnete Truppe Musevenis immer wieder verkündet, wo die LRA-Milizen unter ihrem Anführer Joseph Kony sind, ihn aber nie besiegen.

Steht ein Landraub bevor?

Die Vermutung verstärkt sich, dass das Endziel des Krieges die Übernahme des äußerst fruchtbaren Landes zwischen dem Nil und der Grenze Sudans ist. Dafür gibt es keine klaren Beweise, aber viele Anzeichen.

Nach mehreren erfolglosen Versuchen, Land der Acholi zu enteignen, veröffentlichte Salim Salehs, Bruder des Präsidenten und Geschäftsführer der zahllosen Wirtschaftsunternehmen der Familie Museveni, 2003 einen neuen Plan, die internen Flüchtlinge in kleineren permanenten „Wehrdörfern“ anzusiedeln, von denen eines gebaut ist und mehrere in Vorbereitung sind. Salehs Ernennung zum Koordinator des Wiederaufbaus für den Norden hat die Befürchtungen der Acholi verstärkt, dass die Regierung ihr Land enteignen will, um mit Hilfe ausländischer Investoren kommerzielle Großfarmen zu errichten, auf denen sie sich dann für einen Hungerlohn als Landarbeiter verdingen dürfen. Das perfekte Geschäft wäre – in seinem Plan angedeutet –, wenn die Erträge der Großfarmen direkt etwa vom Welternährungsprogramm aufgekauft würden, um die durch die angezettelten Kriege verelndeten Volksgruppen der Region auf Kosten der Internationalen Gemeinschaft am Leben zu erhalten. Es wäre ein Hohn, wenn das Berliner Entwicklungshilfeministerium oder die Europäische Union einen solchen Landraub auch noch als ein Nachkriegs-Entwicklungsprogramm finanziell unterstützen würden.

Nicht nur die dubiosen Wahlmanöver und der „schleichende Völkermord“ im Norden belasten das Image Ugandas. Trotz des Urteils des internationalen Gerichtshofs plündert Uganda weiter die Demokratische Republik Kongo aus. Vor Weihnachten kam es zu Kämpfen zwischen den dort stationierten Friedenssoldaten der Vereinten Nationen und kongolesischen Rebellen. Augenzeugen berichten, dass unter den toten „Rebellen“ mehrere Soldaten der ugandischen Armee mit ihren Papieren gefunden wurden.

Die Frage drängt sich auf, wie lange die Weltgemeinschaft, auch die Europäer, eine Regierung mitfinanzieren, die Millionenbeträge veruntreut hat, unerwünschte politische und ethnische Gruppen unterdrückt und internationales Recht mit Füßen tritt.

RUANDA – EIN LAND UNTER DEM FLUCH DES ETHNOZIDS

Peter Amendt OFM

Ruanda, das flächenmäßig kleine Land der „tausend Hügel“ im Zentrum Ostafrikas, hat vor allem in den letzten sechzig Jahren eine sehr bewegte, um nicht zu sagen: blutige Geschichte erlebt. Bewohnt von einer großen Mehrheit bantustämmiger Hutus, eines ab dem 7. Jahrhundert eingewanderten Ackerbauvolkes, und der Minderheit der Tutsi, die als ehemalige Nomaden seit der Einwanderung im 15. Jahrhundert die politische und wirtschaftliche Elite im späteren zentralisierten Königreich stellten, wurde die Klassifizierung der Bevölkerung nach diesen beiden Ethnien – zu denen noch die verschwindend geringe Pygmäenminderheit der Ureinwohner, der Twa, kommen – erstmals 1933 von der belgischen Kolonialherrschaft im Rahmen des Völkerbundmandates in den Ausweisen festgehalten. Das Drängen der Hutus nach politischer Macht führte zu Spannungen, die ab 1959 offen zutage traten.

Der Beginn der ethnischen Konflikte im 20. Jahrhundert

Diese Konflikte gipfelten in einer Bauernrevolte gegen die Tutsi-Herrschaft mit vielen Toten und einer Massenflucht von ca. 150.000 Tutsi nach Burundi und Uganda.

Der erdrutschartige Sieg der Hutu-Partei „Parmehutu“ (Partei der Emanzipationsbewegung der Bahutus) 1960 bei Kommunalwahlen wurde von dieser genutzt, um im selben Jahr ohne Kenntnis des Tutsi-Königs noch der Kolonialherren im „Staatsstreich von Gitarama“ im Geheimverfahren durch die Versammlung der Bürgermeister und

Gemeinderäte eine Übergangsverfassung beschließen und ein provisorisches Parlament mit einem Übergangspräsidenten wählen zu lassen. Durch diese Rebellion wurde der Mwami, der Tutsi-König, abgesetzt, der mit 60.000 Getreuen nach Burundi floh. Die Gefahr der massiven Ausgrenzung – und Bedrohung – der Tutsi war mit Händen zu greifen und wurde so auch von der UN gesehen, die die Anerkennung der Übergangsregierung durch Belgien mit Missfallen und Kritik quittierte. Die Parlamentswahlen vom September 1961 wurden von der Parmehutu mit 77,7 % aller Stimmen gewonnen. Am 1. 7. 1962 wurde das Land unter dem Hutu-Präsidenten Grégoire Kayibanda unabhängig, während noch immer über 350.000 Tutsi im Ausland als Flüchtlinge lebten und immer wieder – zuerst 1963 mit der Folge eines grauenhaften Bürgerkrieges, der zu ihrem Ungunsten endete – versuchten, das Land für sich zurückzuerobern. Es kam zu großen Massakern an den im Lande verbliebenen Tutsi, die sich auch in späteren Jahren der Hutu-Herrschaft immer wieder neu entzündeten.

Der Völkermord von 1994

Es fehlte zugleich nicht an Bemühungen um Aussöhnung und um Öffnung der Hutu-Herrschaft für die Tutsi-Minderheit mit entsprechenden Garantien zu ihrer Sicherheit. Während 1990 erneut – und vergeblich – eine Tutsi-Rebellenarmee von Uganda aus versuchte, die Macht in Kigali wiederzugewinnen, hatten vier Jahre später die beiden Präsidenten von Burundi und Ruanda, die beide mit den gleichen Problemen der Einbindung beider Ethnien in ein friedlichen politisches Miteinander zu kämpfen hatten, in einem in Tansania unterschriebenen Abkommen eine solche Formel der Machtteilung vorgesehen. Als sie gemeinsam im Flugzeug nach Kigali flogen, wurde ihr Flugzeug ohne Warnung am 6. 4. 1994 im Landeanflug abgeschossen. Beide Präsidenten – Juvenal Habyarimana von Ruanda und Cyprien Ntaryamina von Burundi – fanden den Tod. Der oder die Täter und ihr Motiv liegen bis heute im Dunkeln.

Während die Regierung in Burundi es schafften, in den Tagen nach diesem Mord im eigenen Land Frieden und Ruhe zu bewahren, war die

Ermordung der Präsidenten der Auftakt zu einer dreimonatigen Orgie von Massakern extremer Hutus an Tutsi und an jenen Hutus, die nicht bereit waren, die einsetzenden großflächigen und systematischen Massakern an den Tutsi zu rechtfertigen und an ihnen teilzunehmen. Angefeuert vom viel gehörten Hutu-Extremisten-Radio „des Mille Collines“ (Tausend-Hügel-Radio), von Zeitungen und dem Clan des ermordeten Präsidenten, herrschte ein unbändiges „Abschlachten“ des vermeintlichen Gegners. Diesem von der seit 1993 im Lande stehenden UN-Mission UNAMIR, die vor allem die Tutsi-Minderheit schützen sollte, nicht verhinderten Völkermord fielen bis zum Einmarsch der Tutsi-Rebellen FPR aus Uganda in Ruanda und bis zur Eroberung des Landes mit Machtübernahme unter Führung von Paul Kagame am 4. 7. 1994 insgesamt zwischen 800.000 und 1 Mio. Menschen zum Opfer, darunter mindestens 750.000 Tutsi und über 50.000 moderate Hutus. Sie sind Opfer der extremistischen Hutus, die auf keinen Fall die Macht mit Tutsis teilen wollten und die deshalb unentwegt zu deren Ermordung an den „Schlachtbänken“, den von ihnen eingerichteten Straßensperren, auffielen. Eine gleichzeitige Fluchtbewegung anfangs der Tutsi, dann der Tutsi und der moderaten Hutus und schließlich beim Einmarsch der FPR auch durch die, die an den Morden teilgenommen haben, vor allem in Richtung Zaire unter dem Schutz eingeflogener französischer Truppen und nach Tansania, führte gleichzeitig zu einem erheblichen Aderlaß der in Ruanda lebenden Bevölkerung (ca. 8 Millionen Einwohner vor dem Völkermord). Die Zahl der Binnenflüchtlinge aufgrund des Völkermordes wurde ebenfalls auf ca. 2,5 Millionen Bewohner geschätzt.

Das Versagen der 1993 eingerichteten UNAMIR- Mission der UN, die angesichts der sich abzeichnenden Vorboten des Völkermordes hätte einschreiten und den Ethnozid noch verhindern können, gehört hierbei sicherlich zu den schwärzesten Seiten der Geschichte der Vereinten Nationen. Ihr Versagen, u.a. die in Kigali nach dem Friedensabkommen vom 3.8.93 stationierte 3.000 Mann starke Tutsi-Streitmacht zu stützen, war auch der formelle Anlaß für die Selbsthilfeaktion des Einmarsches der FPR von Uganda aus mit der anschließenden Machtergreifung in Kigali.

Ruanda nach dem Genozid

Großes organisatorisches Geschick, diktatorische Machtfülle, militärischer Druck und ein fast krankhafter Argwohn und Verfolgungsdrang gegen die „Völkermörder“ (Génocidaires), wie nach und nach alle Hutus außerhalb und im Land bezeichnet wurden, bestimmten das Verhalten der neuen Regierung. Sie war bestimmt von dem „starken Mann“ Paul Kagame, Leiter der FPD und der siegreichen, aus Uganda einmarschierten Armee, Verteidungsminister und seit dem Jahr 2.000 auch offiziell Staatspräsident Ruandas, einst selber Tutsi-Flüchtling, dessen Familie in Uganda Zuflucht gefunden hatte, wo er sehr eng mit Präsident Musevini befreundet gewesen war und die Rückeroberung Ruandas vorbereitet hatte.

Während im Inneren die eigene Macht diktatorisch gefestigt wurde und die Regierung sich dabei immer wieder auf den Völkermord an den Tutsis als Legitimation des eigenen Vorgehens berief, das Hunderttausende auf bloßen Verdacht der Völkermordbeteiligung hin ins Gefängnis ohne Prozeß und Richter steckte, wurde nicht ohne Erfolg immer wieder versucht, die wichtigsten Nachbarländer durch eine Mischung äußerst geschickter und erfolgreicher Diplomatie und militärischer Drohung gefügig zu machen. Im Namen des Kampfes gegen die Hutu-“Völkermörder“ unterstützte Ruanda die Rebellenarmee von Laurent Kabilä gegen Mobutu durch den Einmarsch der eigenen Armee in den Kongo und die Eroberung von Kinshasa (1996). Dies erlaubte, die Camps der Hutu-Flüchtlinge von 1994 auf kongolesischem Boden mit ihren über 1 Million Flüchtlingen dem Boden gleich zu machen und die Flüchtlinge weit ins Landesinnere sowie in die Nachbarländer zu vertreiben, soweit sie nicht Opfer der ruandischen Truppen oder des unwirtlichen Regenwaldes wurden oder später von der UN (den MONUC-Blauhelmen) zwangsweise nach Ruanda zurücktransportiert worden sind.

Die Ruandische Regierung und Armee standen auch hinter dem Aufstand der von Kigali abhängigen Generale gegen Laurent Kabilä

anlässlich der Ausweisung aller Tutsi-Offiziere aus der Demokratischen Republik Kongo. Damit war der Zweite Kongokrieg ab 1998 losgetreten. In seinem Verlauf hielten ruandischen Okkupationstruppen über ein Drittel des ganzen Territoriums der Demokratischen Republik Kongo besetzt und bedienten sich dessen Bodenschätze und nahmen mit, was nicht niet- und nagelfest war.

Die Politik der Besetzung dauerte bis zum Abschluß des Abkommens von Pretoria am 30.7.2002 zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda, das die Entwaffnung und Demobilisierung ruandischer Milizen im Kongo durch die Regierung in Kinshasa und im Gegenzug den Abzug der eigenen Truppen durch Ruanda aus dem Kongo vorsah. Aber auch danach hat bis heute Paul Kagame enormen Einfluß auf die Geschicke des Kongos über seine Strohmänner im Raum des Kivu, durch die Präsenz rundischer Militär in Zivil und durch die von ihm gelenkten Medien ausgeübt.

Im Inneren kam es zu mehreren Verwaltungsreformen, zu einer neuen Verfassung (2003) und insbesondere zur Einsetzung der Gacaca-Gerichte (Typos der traditionellen Dorfgerichte) zur Aburteilung der (Hutu-)Völkermörder in den Gefängnissen und danach auch in den Zivilgemeinden bis hinein in die kleinsten staatlichen und Parteistrukturen der faktisch allein herrschenden FPR-Partei.

Ruanda: Was ist Schein, was ist Sein?

Ruanda präsentiert sich heute dem Besucher als Demokratie mit fester Hand, in der offiziell nicht mehr von zwei Ethnien gesprochen wird und die wirtschaftlich die Auflagen der internationalen Institutionen wie Weltbank und Weltwährungsfonds pünktlich erfüllt. Kagame präsentiert sich dabei als einer der wenigen afrikanischen Präsidenten, auf die sich viele westliche Regierungen und vor allem die USA glauben verlassen zu können.

Wie aber sehen es die Betroffenen selber, vor allem die, die nicht zur neuen politisch und wirtschaftlichen herrschenden und prosperierenden Tutsi-Elite gehören? Und wie sehen die unmittelbar von Okkupation und Einflussbereich betroffenen Nachbarn Ruandas diese Herrschaft, besonders die Bevölkerung im Kivu, die wider Willen in die Auseinandersetzungen zwischen der FPR und den Gruppen der Vertriebenen auf kongolesischem Boden hineingezogen sind?

Der nachfolgende offene Brief an Präsident Kagame aus dem letzten Jahr wurde von Bukavu aus geschrieben. Seine Autoren gehören der Erzdiözese von Bukavu an und sind im Menschenrechtsbereich tätig. Ihr französisch verfasster Bericht „Alerte, Rwanda“ zeugt von genauer Sachkenntnis – um nicht zu sagen: Insider-Kenntnis – und stimmt mit Eindrücken und Erfahrungen überein, die ganz unabhängig davon gemacht worden sind. Dies ermutigt, den über Ordenskreise in Bukavu an „Tauwetter“ gelangten und hier übersetzen Bericht zur Diskussion und Kenntnisnahme vorzulegen. Seine Aktualität hat er in den letzten zwölf Monaten sicher nicht eingebüßt. Die im Bericht mit Bezug auf die „Römischen Verträge“ geäußerten Erwartungen einer Rückkehr der FDLR-Milizen („Demokratische Streitkräfte zur Befreiung Ruandas“) nach Niederlegung der Waffen in das Heimatland Ruanda haben sich nicht erfüllt. Die erforderlichen vertrauensbildenden Maßnahmen sind bis heute nicht erfolgt. Lediglich eine Splittergruppe von 191 Personen hat den Schritt der Rückführung gemacht. Während dessen versucht die Regierung in Kigali mit allen Mitteln weiterhin, der FDLR-Milizen und ihrer politischen und militärischen Vertreter habhaft zu werden, sie zu besiegen oder wenigstens zu spalten oder – wenn dies wie bisher nicht zum wirklichen Erfolg geführt hat – sie zumindest in der Kivu-Bevölkerung zu diskriminieren und zu isolieren sowie politisch und militärisch außer Kraft zu setzen. Ein unmittelbares Opfer ist dabei zweifellos die einheimische Bevölkerung des Kongo, die zugleich Anteil nimmt am Geschick in Ruanda selbst. Denn der Schlüssel für die Provinzen des Kivu und für das Geschick des Kongo sowie den Frieden der Region liegt nicht in Kinshasa. Er ist in Kigali zu suchen.

„Achtung!, Ruanda“

*Idesbald Byabuze Katabaruka, Cicky Ciharhula,
Teresina Caffi (Bukavu, Kongo)*

Der nachfolgende Beitrag besteht aus einem Offenen Brief an Präsident Kagame, Ruanda, und einem kritischen Bericht unter dem Namen „Achtung!, Ruanda“, angelehnt an ähnliche Berichte von Menschenrechtsgruppen wie „Human Rights Watch“, die kritisch die Entwicklung in einem Land begleiten.

Der Bericht legt den Finger auf die Wunden, die bisher eine wirkliche Aussöhnung in Ruanda und einen dauerhaften Frieden in der Region verhindert haben. Sein Abdruck erfolgt mit dem Ziel der Diskussion und der Überprüfung; für den Inhalt sind die dem Menschenrechtszentrum der Erzdiözese Bukavu nahe stehenden Autoren allein verantwortlich. Brief und Bericht ebenso wie der später wiedergegebene Bericht zur Menschenrechtssituation im Hinterland von Bukavu kamen über befreunde Ordensleute als Information über die aktuelle Situation im letzten Jahr an Tauwetter.

1. Offener Brief an Präsident Paul Kagame

An Seine Exzellenz Paul KAGAME
Präsident der Republik Ruanda
Sitz des Präsidenten der Republik
Kigali – RUANDA

Bukavu, Dem. Rep. Kongo, den 8. 6. 2005

Betr.: Präsentation des Berichtes „Achtung!, Ruanda!“. Offener Brief

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir haben die große Ehre, gleichzeitig mit der internationalen Gemeinschaft Ihnen diesen bescheidenen Bericht über die Situation eines großen Teiles der Bevölkerung Ihres Landes vorzulegen. Wir sind auf keine juristische Weise mit ihrem Land verbunden und haben dort nie gelebt. Aber wir haben die letzten zehn Jahre all das beobachtet und gehört, was das tägliche Los des Lebens in Ruanda ausmacht. Die folgenden vielfältigen Gründe konnten uns nur motivieren, um zu schreiben: „Achtung!, Ruanda“:

An erster Stelle ist es eine Pflicht menschlicher Solidarität, die uns verpflichtet, die Leiden unserer Brüder und Schwestern über jede staatliche Grenze hinaus aufzugreifen und sie zu unseren eigenen Leiden zu machen.

An zweiter Stelle haben uns diese Jahre des Krieges einmal mehr gezeigt, wie die Geschichtsläufe der Länder der Subregion der Großen Seen miteinander im Guten wie im Bösen verknüpft sind. Gewiss, zahlreiche Kongolese sind nicht unschuldig im Blick auf diese Kriegsjahre, aber wir denken ganz objektiv, dass der größte Teil der Verantwortung für die Zerstörungen und Millionen Tote dieser Jahre auf die ruandischen Behörden und auf die Führungskräfte der internationalen Mächte zurückfällt, die ein ebenso unmenschliches wie mörderisches Vorhaben des Expansionismus angeregt, mitgetragen bzw. auf jeden Fall gedeckt haben.

Zur Zeit stehen wir – oder müssten wir stehen – am Vorabend der Rückkehr von Tausenden ruandischen Bürgerinnen und Bürger, die von Jahr zu Jahr die Ereignisse dieser letzten zehn Jahre überlebt haben. Das kongolesische Volk, das ihre Rückkehr lebhaft erwartet, wünscht ihnen

diese Rückkehr. Es möchte, dass sie friedlich und glücklich geschieht – und dies trotz der Zerstörungen, die es über diese langen Jahre hin durch diese Leute erlitten hat.

Jedoch scheint die aktuelle Situation in Ihrem Land in diesen letzten Monaten mehr als je zuvor diese Rückkehr hypothetisch zu machen. Das erste Zeichen dafür ist die Flucht von Tausenden von Hutus ins benachbarte Burundi und sonst wo hin. Jenseits Ihrer Worte, denen zufolge Sie bereit sind, ihnen die Tür zu öffnen, sind es die Tatsachen, die sich mit dem Klima der Angst, das im Lande herrscht, und mit dem Fehlen von Sicherheiten verbinden und die ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern den Mut nehmen, (den Kongo) zu verlassen.

Dieser Stand der Dinge offenbart erneut unheilvolle Perspektiven der Destabilisierung und der Leiden für die kongolesische Bevölkerung. Denn wenn diese Hutus mit Gewalt zu Ihnen zurückgeschickt werden, wird die kongolesische Bevölkerung erneut die Rechnung bezahlen. Wirklich, trotz aller Leiden, die die Anwesenheit Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger über das kongolesische Volk gebracht hat, sind unsere Herzen voller Gram im Blick auf die Vorstellung, dass diese Personen in ein Land zurückkehren, das – obwohl es das ihre ist – ihnen nur Elend, ungerechte Urteile und – warum nicht auch? – den Tod bereit hält.

Andere Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die unter uns leben, zermartern weiter unser Herz: Sie haben zahlreiche Opfer unter den armen Dorfbewohnern verursacht, die kein anderes Unrecht begangen haben, als nahe bei dem Gebiet zu wohnen, das jene sich als Aufenthaltsgebiet ihrer Wahl ausgesucht haben. Diese Rastas genannten Gruppen, mit denen sich Banditen von uns vermischen, legen ein Verhalten an den Tag, das ganz im Gegensatz steht zu dem der FDLR genannten Gruppe. Ihre – der Rastas – mörderische Verhaltensweise, ihre Brutalität und ihre Grausamkeiten erinnern uns an die traurigen Zeiten dieser abscheulichen Kriege, die Ihre Truppen über uns gebracht haben. Sie – die Rastas – haben auch eine ganz besondere Ernährungsweise, die man nur schwerlich durch die Plünderungen der armen Dör-

fer ringsum rechtfertigen könnte. Von daher haben unsere Fragen bezüglich der Modalitäten und des Ziels der Expedition dieser Leute durch Sie in die Demokratische Republik Kongo zu zutreffenden Antworten geführt. Wir wünschen sowohl den bedingungslosen als auch den unverzüglichen Abzug dieser Leute von unserem Staatsgebiet.

Wer zum ersten Mal nach Ruanda kommt, dessen Eindrücke bezüglich der angetroffenen Sicherheit, der Ordnung, des Zusammenlebens der Volksgruppen und im Blick auf einen gewissen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sind ausgesprochen trügerisch.

Das aber ist – ganz im Gegenteil – nicht die Meinung all derer, die mehrmals nach Ruanda gekommen sind, sich dort lange aufgehalten haben oder die sich wie wir für das beklagenswerte Los Ihres Volkes interessieren: All das ist nur geschickte Verschleierung, Schein und Heuchelei!

Herr Präsident, die Forderung, dass man sich für einen wirklichen inter-ruandischen Dialog öffnet, indem man die Gelegenheit der Rückkehr Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ihr Land aufgreift, ist unsererseits keine Einmischung in die Angelegenheiten Ruandas. Vielmehr ganz im Gegenteil: Die drängende Notwendigkeit des Friedens in der Subregion befiehlt dies geradezu. Zudem müsste das Ideal der Gerechtigkeit im Bezug auf alle tragischen Ereignisse, die für immer die Geschichte unserer Länder markieren werden, die Verhaltensweisen sowohl der einen als auch der anderen bestimmen. Ihnen selbst schließlich eröffnet sich die Möglichkeit, neue Seiten einer menschlicheren Geschichte zu schreiben, bevor der Zorn des letzten Richters (ausbricht), der unendlich seine Kinder liebt und zu dem sich der Schrei des Blutes so vieler Männer und Frauen erhebt. In der Hoffnung, dass dieser Brief Ihre Aufmerksamkeit erhalten wird, bitten wir Sie, Herr Präsident, unsere achtungsvollen Grüße entgegenzunehmen.

Idesbald BYABUZE Katabaruka, Vicky CIHARHULA, Teresina CAFFI

2. Der Bericht:

Achtung!, Ruanda – Alerte Rwanda

Motivation und Bitten

Die ruandische Zivilgesellschaft hat nur wenig Möglichkeiten, ihre Stimme zu erheben. Wir haben uns an Personen gewandt, die in verschiedener Hinsicht über die Aktualität des Lebens in diesem Land auf dem Laufenden sind. Dies ist für uns eine moralische Pflicht aus Solidarität mit diesem Volk, aber auch deshalb, weil wir uns bewusst sind, dass das in diesem Land herrschende Regime der Bevölkerung der Demokratischen Republik Kongo riesige Leiden aufgebürdet hat. Das ruandische Volk durchlebt selbst eine Situation der Unterdrückung, in der einige wenige die Privilegierten sind und sehr viele die Ausgeschlossenen. Der fürchterliche Völkermord vom April bis Juli 1994 wurde in den letzten Jahren als Instrument der Macht, der Aneignung von Ressourcen und der Verschleierung anderer Abscheulichkeiten benutzt, die im Land selbst und in der Demokratischen Republik Kongo von derjenigen Gruppe begangen worden sind, die nicht aufhört, sich selbst als Opfer zu bezeichnen. Das Problem Ruandas ist nicht an erster Stelle ein ethnisches Problem, und das in dem Sinn, dass die Gruppe, die seit 1990 ihre Truppen aus Uganda zum Vorstoß geführt und die Macht ergriffen hat, nur aus etwa 14 Familien besteht. Es gibt auch Tutsis, die marginalisiert sind. Die Volkszugehörigkeit hat wie auch anderswo in der Subregion der Großen Seen als Instrument der Eroberung und der Bewahrung der Macht gedient und dient noch immer dazu.

Wir leugnen nicht, dass der eine oder andere technische Fortschritt verwirklicht worden ist. Wir leugnen ebenfalls nicht die Fähigkeit der Organisation und der Disziplin der an der Macht befindlichen Gruppe. Aber nach allem, was wir sehen, war der Preis von all dem in diesen Jahren sehr hoch. Alles, was in diesen Jahren der Kriege in der Demokratischen Republik Kongo mit der starken ruandischen Verwicklung geschehen ist, bleibt aktuell, und die Namen der Toten – weit davon entfernt, in

den Verliesen zu Schatten zu werden – bleiben in unseren Herzen (lebendig). Wir sprechen jedoch nur zu dem Zweck, damit der Demokratischen Republik Kongo Gerechtigkeit widerfährt. Wir tun es aber auch, um die Rechte der Mehrheit der ruandischen Bevölkerung zu unterstützen, die noch nicht aus dem Abgrund der Angst herausgekommen ist . Von daher wird es auch keinen wahrhaften Frieden in der Subregion geben, wenn Ruanda sich nicht für einen wahrhaften inter-ruandischen Dialog öffnet. Übrigens wird es keine friedliche Rückkehr der ruandischen Hutos in ihr eigenes Land geben, wenn die Perspektiven, die ihnen offen stehen, nur Gefängnis, Elend und im schlimmsten Fall Tod bedeuten.

Wir wissen dass sich hinter der aggressiven Stärke der Macht in Ruanda eine große Angst verbirgt. Diese Angst wird niemals geheilt, sondern wird durch die Unterdrückung ermutigt und motiviert. Die Zeit ist gekommen – wie uns eine Mutter sagte -, dass man anerkennt, dass alle Verlierer sind, und dass man gemeinsam sich auf einen von allen geteilten Weg macht.

Dieser Bericht hat nicht den Anspruch einer langfristigen Untersuchung. Er möchte ganz einfach seine Stimme denen leihen, die in Ruanda zur Zeit unterdrückt sind. Und die Zeugnisse, die wir gesammelt haben, stimmen (miteinander) überein. Es geht nicht darum, den guten Namen eines Landes, einer Gruppe oder einer Person in den Schmutz zu ziehen. Vielmehr bewegt uns allein die Sorge um die Gerechtigkeit und den Frieden in Ruanda und in der ganzen Subregion.

Wir haben diesen Bericht verfasst, denn wir wissen, dass die internationale Gemeinschaft und vor allem gewisse Staaten des Nordens einen großen Anteil haben an der Situation, die in Ruanda vorherrscht. Sie haben diese Situation ermutigt, sie haben sie gedeckt, und sie hören nicht auf, sie zu unterstützen. Wirtschaftliche und geopolitische Interessen zählen dabei hoch. Wir weisen Sie darauf hin, denn der Tag wird kommen, an dem – wie auch anderswo – man rufen wird: „Ergreift den Wolf, ergreift den Wolf!“, und man wird einmal mehr anerkennen müs-

sen, dass dieser „Wolf“ von denen selber unterhalten worden ist, die schreien werden.

Wir bitten mit Nachdruck den Präsidenten Paul Kagame:

- den Schrei seines ganzen Volkes zu hören und einen wirklichen Raum für den Dialog als einzigen Pfad für das Leben und die Zukunft seines Volkes zu eröffnen.

**Wir bitten mit Nachdruck die internationale Gemeinschaft: die USA, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten, die internationa-
len Institutionen, die wirtschaftlichen Mächte und die „Geldgeber“:**

- jedem Abwägen ihrer eigenen Interessen gegenüber den Erforder-
nissen der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der Rechte
menschlicher Gruppen eine Absage zu erteilen;
- alle finanziellen, wirtschaftlichen und diplomatischen Mittel zu
nutzen, um auf die ruandische Regierung Druck auszuüben, damit
sie den Weg eines wahrhaften Dialoges einschlägt und ihre Einmi-
schung in die Demokratische Republik Kongo tatsächlich beendet;
- unverzüglich das Internationale Überwachungs-Comité für die
Umsetzung des Abkommens von Rom einzurichten, wobei es den
ruandischen Hutus, die in ihr Land zurückkehren, die Garantie des
internationalen Schutzes anbieten muss.

Gründe, um wachzurütteln ...

Ruanda durchlebt eine Situation starker Unterdrückung. Wenn die Bevölkerung des Ostens der Demokratischen Republik Kongo von der Regierung hinsichtlich der Rückkehr der Hutus in ihr Land befragt würde, könnte sie das nur lebhaft und unverzüglich wünschen. Nichts desto weniger muss die internationale Gemeinschaft sich bewusst sein, dass – wenn nicht starker Druck auf die ruandische Regierung ausgeübt

wird – eine Ermutigung der Hutus zur Rückkehr bedeuten wird, sie in die Gefahr und in (die Situation) der Ungerechtigkeit zu schicken, und dass in diesem Fall das Risiko weiter besteht, dass dieses Land und seine Nachbarländer in Brand aufgehen.

Die Flucht der ruandischen Hutus

In diesen letzten Monaten seit dem Inkrafttreten der Gacaca-Gerichte erleben wir eine Flucht der Hutus aus Ruanda in die Nachbarländer, nämlich nach Uganda, Tansania und vor allem Burundi. In diesem letzteren Land hat sich ihr Los im Verlauf dieser Wochen gewandelt. Denn nachdem man sie zuerst aufgenommen und daran gedacht hat, sie ins Innere des Landes zu bringen, haben die burundischen Behörden dem Druck aus Ruanda nachgegeben. Sie haben sie nahe bei der Grenze festgehalten und ihnen den Flüchtlingsstatus verwehrt (1). Gegen Mitte Mai 2005 wurde eine große Zahl von ihnen entgegen den Prinzipien des internationalen Rechtes gezwungen, nach Ruanda zurückzukehren. Aber sie haben sich erneut auf die Flucht gemacht und sind nach Burundi zurückgekehrt. Die burundischen Behörden haben das Rote Kreuz und den Hohen Flüchtlingskommissar (HCR) darauf aufmerksam gemacht. Diese haben die Einschüchterungen öffentlich angeklagt, die sich gegen die Flüchtlinge richteten, indem man sie zur erzwungenen Rückkehr nach Ruanda zwang (2). Derzeit dürfte die Zahl der Hutu-Flüchtlinge in Burundi zwischen 7.000 und 10.000 betragen (3).

Die Ruandischen Behörden erklären, es handle sich um Personen, die sich dem gerechten Urteil der Gacaca-Gerichte entziehen wollten. Das burundische Fernsehen hat Bilder armer Leute gezeigt: Im Wesentlichen handelte es sich um Mütter und Kinder, bei denen es sehr schwer zu denken ist, dass es sich um „Völkermörder“ („Genozidäre“) handelt. Aber selbst diejenigen, die sich keiner Schuld bewusst sind, haben Angst. Manche verstecken sich oder suchen nach Möglichkeiten, das Land zu verlassen. Die Gacaca-Gerichte sind eine grausame Prüfung, besser: ein Albtraum auch für die, die daran teilnehmen müssen. Selbst zahlreiche Tutsi fliehen aus einem Land, in dem das soziale Klima auf

dem Hintergrund der (sozialen) Vergiftung immer unerträglicher geworden ist (4). Die Flüchtenden sind nicht nur Personen, die sich vor den Gacaca-Gerichten strafbar gemacht haben. Ein Flüchtling, der in Uganda interviewt wurde, erklärte, er fliehe vor den willkürlichen Verhaftungen.

Die Gacaca-Gerichte

In der Vergangenheit betrafen die Mechanismen der Gacaca-Gerichte das Landeigentum und die Landkonflikte. Die Alten bezeugten, wem die Grundstücke gehörten. Heute hat mit finanzieller und moralischer Unterstützung der internationalen Gemeinschaft (6) die ruandische Macht deklariert, sie wolle daraus nach dem Völkermord von 1994 ein Instrument der Versöhnung nach dem Beispiel Südafrikas machen, und (dies sei) das beste Mittel, um die überfüllten Gefängnisse zu leeren. Aber etwas ganz anderes ist die Wirklichkeit.

Das aktuelle Gacaca-Gericht besteht aus einem Treffen, das im Beisein der Behörden normalerweise an einem Tag pro Woche stattfindet, und zwar für jede (Zivil-)Gemeinde an anderen Tagen. Alle Bewohner des Ortes werden gezwungen dabei zu sein; andernfalls gelten sie als Komplizen der „Völkermörder“. Diese externen Gacaca-Gerichte (denn es gibt sie auch in den Gefängnissen) fällen zuerst ihr Urteil über die, die „noch“ in Freiheit sind. Während der Gacaca-Verhandlungen gibt man als erstes den „Entkommenen“ das Wort, d.h. den Tutsis, die den Völkermord überlebt haben (7). Einer von ihnen kann dann sagen: „Ich habe gesehen, wie der oder der diese oder jene Person getötet hat.“ Selbst Jugendliche, die zu jener Zeit zwischen 5 und 8 Jahre alt waren, können erklären: „Ich habe Dich an dem und dem Tag, zu der und der Stunde gesehen; Du trugst die und die Kleidung. Du hast meinen Vater getötet“ (8). Manchmal ist es gegenüber jemanden, der es geschafft hat, sich ein Haus zu bauen oder ein Geschäft auf die Beine zu stellen, der Neid, der andere dazu bringt, diesen Menschen durch falsche Anschuldigungen in den Dreck zu ziehen (9).

Der Angeklagte kann sich dann verteidigen oder von jemanden unterstützt werden. Man fragt ihn, ob er einen Entlastungszeugen hat. Aber wie findet man einen solchen in diesem Klima der Angst? (10) Wenn am Schluss der Debatte keine Zeugenaussage gegen den Angeklagten vorliegt, ist dieser entlastet. Wenn er schon ein Gefangener ist, kehrt er auf jeden Fall in das Gefängnis zurück; denn es gibt noch viele lange Prozeduren, die es vorzunehmen gilt, bevor er freigelassen wird. Wenn er aber schuldig erklärt wird, wird der Angeklagte ins Gefängnis überführt, und es erfolgt der gewöhnliche Prozess.

Die Gacaca-Gerichte sind eine Einbahnstraßen-Einrichtung: Sie urteilen nur über die Hutos; der Kläger ist zugleich Richter und ergreift Partei (11). Loyalität und Aufrichtigkeit gibt es hier nicht, denn anstatt dass sie der Versöhnung in der Wahrheit dienen, sind diese Gerichte Orte der Einschüchterung, des Terrors und des Unrechts (12).

Die Gefangenen.

Ein entscheidendes Problem, von dem die internationale Gemeinschaft geglaubt hat, die Gacaca-Gerichte hätten es gelöst, ist das Problem der großen Zahl der Gefangenen, die seit dem Völkermord von 1994 in den ruandischen Gefängnissen zusammengepfercht sind (13). Im Gegenteil, anstatt dass sich die Gefängnisse nach und nach leeren, verzeichnen sie ununterbrochen neue Ankömmlinge. Im Namen der „Völkermordideologie“ nimmt man Leute fest, die (damals) überhaupt noch nicht das Licht erblickt hatten oder im Ausland waren. Viele Hutos, die noch am Leben und im Gefängnis sind, hatten 1998 sogar den Sieg der FPR unterstützt oder ruhig in den letzten zehn Jahren ihre Aktivitäten in Ruanda oder im Ausland betrieben. Die Behörden schätzen, 10% der Bevölkerung verdienten es, den Gacaca-Gerichten vorgeführt zu werden, und sie behaupten im Übrigen, man müsse zwischen 500.000 und 700.000 weitere Personen ins Gefängnis stecken (14).

Das Zentralgefängnis von Butare, um nur dieses zu zitieren, hält 13.000 Gefangene hinter Gittern, wovon 1.500 Nicht-Genozidäre sind

(15). Sie sind in Ihrer Mehrheit Hutus (16), die unter denen verhaftet worden sind, die nicht im Augenblick der Machtergreifung durch die FPR nach dem Völkermord 1994 die Flucht ergriffen haben. Andere wurden ganz einfach 1996 nach der Repatriierung der Hutus durch den HCR ins Gefängnis geworfen (17). Alle diese Hutus, wirkliche Völkermörder oder solche, die es nicht sind, sind des Völkermordes angeklagt und haben von daher mehr als acht oder zehn Jahre im Gefängnis verbracht, ohne je verurteilt worden zu sein. Unter ihnen gibt es Intellektuellen und Analphabeten, Männer und Frauen, von denen die meisten gerichtlich ohne Akte sind und die keinerlei Hoffnung haben, je vor einem Richter zu erscheinen.

Die Gacaca-Gerichte im Gefängnis

Der Einsatz der Gacaca-Gerichte für die des Völkermords Beschuldigten begann zuerst in den Gefängnissen. Man hatte den Gefangenen versprochen, dass die, die sich persönlich des Völkermordes beschuldigten und Verzeihung erbäten, frei gelassen würden. Eine große Zahl von Gefangenen hat schon dieses Geständnis abgelegt. Sie sind nicht frei gelassen worden – weit davon entfernt! –, vielmehr wurden sie in einen Sektor des Gefängnisses mit dem Namen „Arusha“ verlegt, wo sie sich besserer Lebensbedingungen als die der anderen Gefangenen erfreuen. Dort werden sie weiter befragt, damit sie alle Details der Morde preisgeben, die sie gestanden haben.

Man hat auch die Gefangenen dazu gedrängt, Personen zu denunzieren, die in Freiheit leben. Es handelt sich zuweilen um jemanden, auf den man es abgesehen hat. In diesem Fall verspricht man den Denunzianten eine Verringerung der Strafe. Es ist auch nicht selten, dass sie (andere) denunzieren, weil man sie unter Folter dazu zwingt. Die Gefangenen haben in diesen Fällen Anschuldigungen gemacht und werden dabei von falschen Zeugen unterstützt. Die Tatsache, dass Hutus andere Hutus anklagen, gibt der Argumentation der (staatlichen) Macht Gewicht: „Schaut, wie sie selbst es sind, die (einander) anklagen. Somit ist das wahr“.

In Ruanda müssen die Gefängnisse nicht nur sich selbst finanzieren, sondern werden auch zu einer (Geschäfts-)Angelegenheit für den ruandischen Staat. Die Gefängnisdirektoren handeln mit den Unternehmern Verträge aus und schicken die Gefangenen zur Arbeit auf den Bau, in die Werkstätten, die sich nahe bei den Gefängnissen befinden, oder auf die Felder, deren Ernte dann verkauft wird. Am Ende des Jahres überweist der Gefängnisdirektor 80 % der Einnahmen an den Staat und 10% an das Gesamt der Gefangenen (19). Wenn es wahr ist, dass dieses Verlassen des Gefängnisses den Gefangenen erlaubt, die frische Luft von draußen zu schnuppern, so ist es nicht weniger wahr, dass die Arbeiten, denen sie unterworfen werden, Zwangsarbeiten sind.

Im Januar 2003 beschied Präsident Kagame per Dekret vor den Wahlen die Freilassung bestimmter Gefangener. Trotz der Tatsache, dass seine politische Familie dieses Dekret vergessen hatte, wurden 20.000 Gefangene provisorisch in Freiheit gesetzt, vorbehaltlich der Auflage, dass sie vorher zwei Monate in einem „Ngando“ genannten Erziehungscamp verbringen mussten. Die Mehrheit von ihnen fand sich jedoch erneut im Gefängnis unter denselben Anschuldigungen wieder, nachdem die „Entkommenen“ des Völkermordes sich gegen ihre Freilassung gewandt hatten, aber auch infolge der Inkrafttretens der Gacaca-Gerichte.

Das Leben im Gefängnis

Das Gefängnis ist sorgfältig organisiert, und die Überwachung ist strikt. Die Leitungsgruppe (bunyobozi) hat eine bewaffnete Überwachungsgruppe unter ihrer Kontrolle, die darüber wacht, dass die Gefangenen nicht entweichen. Andernfalls schießen sie auf sie, und das ist ein Befehl, bei dem es klug ist nicht zu spaßen (20). Im Gefängnis gibt es auch einen Auskunftsdiensst, der von einem Mitglied der FPR geleitet wird. Unter den Diensten, die vom staatlichen Personal wahrgenommen werden, befinden sich die externen Sozialdienste, die zum Beispiel einen außerordentlichen Besuch bewilligen können. Parallel zu dieser externen Gruppe arbeitet eine interne Leitung der Gefangenen (nyobozi) eng mit der bunyobozi zusammen (21).

Die Gefangenen sind in Abteilen vom Typ Taubenschlag untergebracht: mit Belegung darüber und daneben, mit einem Raum von 200 cm x 40 cm x 50 cm pro Einzelperson (22). Die Toiletten sind nicht abgedeckt, sie haben keine Türen, und die Gefangenen stehen Schlange, um Zugang zu ihnen zu haben. Die Ernährung wird vor allem durch das Internationale Comité des Roten Kreuzes (ICRC / IRK) geliefert, und zwar ein Becher von 300g pro Tag und Gefangener: eine Mischung aus Maiskörnern und kleinen trockenen Erbsen, gewürzt mit ein wenig Öl und Salz. Manchmal gibt man zu dieser Ration noch einen Becher mit Sorgho-Brei ohne Zucker (23).

Die religiösen Dienste aller Konfessionen sind gesichert. Für die Katholiken gibt es sogar die Vorbereitung auf die Sakramente. Seitdem das IRK die Gefangenenlisten führt, hat es keine Fälle von Verschwinden mehr gegeben, während man vorher Zehnerschaften von Gefangenen heimlich zum Tod geführt hatte.

Der geistige Zustand der Gefangenen ist unterschiedlich: Manchmal anerkennen die am meisten Instruierten und andere ehrenhafte Gefangene ihre persönlichen Vergehen oder ihre Vergehen in Gruppen und bekräftigen: „Was wir gemacht haben, ist nicht in Ordnung, aber unsere Gefangenschaft dauert nun schon lange; wir möchten nun gern (das Gefängnis) verlassen und am Wiederaufbau des Landes teilnehmen können.“ Andere halten im Gegensatz dazu in sich den Wunsch nach Rache aufrecht. Wieder andere, die pessimistischer oder defätistischer sind, erwarten nichts mehr als den Tod. Wieder andere schließlich trösten sich, um zu überleben, damit, dass sie behaupten, sie hätten das Leben draußen vergessen: „Wir betrachten das Gefängnis als unser einziges Zuhause“.

In der Stadt Butare geht anscheinend alles gut, aber wenn man es mehr aus der Nähe betrachtet, bemerkt man, dass es vor allem Frauen und Kinder gibt. Die Ehegatten sind im Gefängnis. Viele Kinder werden außerhalb der Ehe geboren, während die Gefangenen doppelt leiden unter der Verlassenheit und dem Fehlen ihrer Ehefrauen.

Keine Volksgruppen in Ruanda.

Offiziell wird erklärt, es gäbe keine Volksgruppen in Ruanda, aber die Berichte der Zeugen besagen vielmehr das Gegenteil. Unter dem aktuellen Regime ist die ethnische Frage auf macchiavellische Weise zugunsten der Tutsi-Minderheit verstärkt – und dies zum Nachteil der Hutu-Mehrheit. Die Anzeichen, die das zeigen, sind vielfältig: Die wirklichen oder angeblichen (Rechts-)Verstöße sind, wenn sie von Hutus begangen werden, strafbar, während, von einigen Ausnahmen abgesehen, dies nicht der Fall ist, wenn Tutsi sie begehen. (24). Unmittelbar nach dem Völkermord von 1994 beklagte man das Massaker an den „gemäßigten Hutus und den Tutsis“. Heute stellt man unter allen Umständen nach Ort und Zeit den ausschließlichen Völkermord an den Tutsi heraus. Dies lässt einen Vertreter der ruandischen Zivilgesellschaft sagen: „Die Versöhnung ist nur ein Diskurs für das Ausland“.

Die vorherrschende Meinung besagt, daß jeder Hutu ein Interahamwe – oder schlimmer noch: ein „Igiterahamwe“ ist, das heißt: Dreck. Das Schema „Tutsi (sind die) Opfer, Hutus (die) Völkermörder“ bestimmt das politische Leben: Man gedenkt der Tutsi-Opfer, und die Denkmäler erinnern nur an das an ihnen begangene Massaker. Die „Entschädigung der Völkermordopfer“ sieht nur eine Tutsi-Liste vor. Niemand kann sich gegen dieses Dogma aussprechen, ohne der Komplizenschaft mit den Völkermörtern angeklagt zu werden. Das Recht des Gedenkens wird den Hutus nicht zuerkannt, obwohl es in den Hutu-Familien eine große Zahl von Ermordeten gab. Wenn man dies sagt, wird man zu einem „Negationisten“ („Leugner der Geschichte“, d.Ü.).

Das Fehlen einer öffentlichen Trauer für die in Ruanda vor und während des Völkermordes sowie nach der Machtergreifung durch die FPR umgebrachten Hutus hat enorme Leiden in dieser Volksgruppe verursacht. Im Übrigen werden die Morde, Massaker und verschiedenen (Rechts-)Verletzungen der Tutsi in Ruanda und in der Demokratischen Republik Kongo von diesen als „legitime Verteidigung“ eingestuft.

Im Juni und im Oktober 2004 wurde die Vereinigung der Batwa (26), Carwa genannt (Carwa = Gemeinschaft der Eingeborenen Ruandas), mit Sitz in einem armen Stadtviertel Kigalis, vom Justizministerium und von der Ortsbehörde formlos aufgefordert, sofort ihre Aktivitäten einzustellen. Nach Darstellung der Behörden enthielten, so heißt es, ihre Bezeichnung und ihr Statut Worte mit divisionistischer Nebenbedeutung und ständen daher im Gegensatz zu den Prinzipien der ruandischen Verfassung (27).

Wahlen und politische Parteien.

Am 25. August 2003 fanden ungefähr zehn Jahre nach der „Übergangszeit“ (Transition) die Präsidentschaftswahlen statt. Paul Kagame – er hat seit 1990 nach der Ermordung von Fred Rwigema an der Spitze der Patriotischen Ruandischen Armee den Vormarsch der Tutsi-Flüchtlinge aus Uganda zur Machtübernahme in Kigali angeführt und in Wirklichkeit die Macht am Ende des Völkermordes 1994 übernommen – wurde mit einem allzu schmeichelhaften Ergebnis von 95,05% der Stimmen, die freiwillig und mit einem Herz voll Freude zum Ausdruck gebracht wurden, gegen insgesamt 4,95% für seine beiden vereinigten Gegner als Präsident der Republik bestätigt. Trotz vielfältiger Zeugen-aussagen über Zwänge, denen die Wähler ausgesetzt waren, oder die andere Irregularitäten öffentlich machten, hat die internationale Gemeinschaft die Wahl als akzeptabel beurteilt und Paul Kagame beglückwünscht (28).

Ebenso haben die Ruander Ende September 2003 über die Legislative abgestimmt, wobei sie ihre Deputierten mit allgemeinem Wahlrecht „gewählt“ haben. Die Ruandische Patriotische Front (FPR), die Partei und Armee des Präsidenten, hat mit 73% der Stimmen gewonnen. Das aus diesen so genannten Wahlen hervorgegangene Parlament wurde als ein sehr fortschrittliches Modell der Demokratie und der Interaktion der Frauen in die Gestaltung der Politik begrüßt: 24 Deputierte sind Frauen ... Präsident Kagame hat u.a. dafür den Preis für guten Regierungsstil (bonne gouvernance) erhalten, der Präsidenten unter 50

Jahren verliehen wird. Diese Anerkennung wäre nicht möglich gewesen ohne die diplomatische Unterstützung, die seitens der USA dem Präsidenten in dem Augenblick zuteil geworden ist, als er ihn sowohl für seine Handhabung des „kongolesischen Dossiers“ als auch zur Unterstützung der Entwicklung der Versöhnung in Ruanda brauchte ...

Es gibt Zeugen, die bekräftigen, dass keine politische Partei sich außerhalb von Kigali niederlassen darf (ausgenommen die FPR) und dass in Kigali die Parteien zwangsweise am Forum der Politischen Parteien teilnehmen müssen, dessen Vorsitz die FPR innehat. Die Leiter der sieben politischen Parteien neben der FPR, die vom Parteiengesetz pflichtgemäß autorisiert sind, haben sich hinter Paul Kagame und der FPR eingereiht. Schließlich umfasst die ruandische Armee 75 % Hutus und 25 % Tutsi, aber die Kommandoebene gehört ganz den Letzteren.

Ein Land auf dem Weg nach vorn ...

In Ruanda gehen gewisse Dinge gut voran. Zur Illustration: Die Löhne und Gehälter, die gezahlt werden, sind nicht anomale Elendsgehälter wie in bestimmten Nachbarstaaten. Die Sicherheit der Sachen und Personen ist formell jedem garantiert, solange man noch nicht verhaftet ist. Die Militärs und die Polizei sind diszipliniert und den Chefs unterworfen. Sie schikanieren nicht die Bevölkerung. Ein gewisses Recht und eine gute Organisation existieren ebenso.

Ein Vorhaben mit dem Titel „Vision Ruanda 2020“ sieht große Projekte vor, um der Technologie mehr Platz einzuräumen und um die Armut im Land zu verringern. Seitdem die FPR die Macht übernommen hat, gibt es eine große Schwärmerei die Hauptstadt zu verschönern mehr als offenkundig: überall ein wenig, baut man schöne Häuser, Etagenbauten und Luxushotels. Man hat die Zahl der Funktionäre verringert, in dem man Jagd auf alle nur scheinbar effektiven Kräfte macht, aber auch indem man den öffentlichen Bereich von unerwünschten Elementen befreit. Die Privatisierung betrifft alle Sektoren: Bemerkenswerte Investitionen sind im Bereich des Kommunikationswesens vorge-

nommen worden. Hierfür hat man wichtige Hilfsgelder verwendet, die aus dem Ausland kommen (29). Der wichtigste negative Punkt des Lebens in Ruanda betrifft die Ungerechtigkeit gegenüber den Hutus und den Batwa, was normaler Weise einhergeht mit der weltweiten Logik der Marginalisierung der Armen.

Mehr als 900.000 Personen, die in Kigali wohnen, sind dabei, von dort auf die eine oder andere Weise aus der Stadt vertrieben zu werden. Es sind die Armen, die Kleinen. Die Führer des Großmarktes der Stadt sind unterdrückt, und die Verkäufer werden auf die Märkte der Peripherie vertrieben. Niemand kann auf der Straße seinen Korb voll Bohnen, Kartoffeln oder Reis verkaufen. Aller Handel muss registriert sein und dem Handelsministerium erhöhte Steuern zahlen.

Kigali und die anderen Städte ziehen viele Jugendliche auf der Suche nach ein wenig Geld an. Ebenso wächst die Zahl der Arbeitslosen fieberhaft. Die Regierung versucht dieses Phänomen zu bremsen, indem sie Leute ohne geregelte Papiere zu den Hügeln zurückschickt und die Straßenkinder aufgreift. Andere Bürger werden gebeten, ihren Wohnort zu verlassen, und sie erhalten im Gegenzug eine kleine Summe, für die sie sich kaum ein Stück Land kaufen können, um darauf ihre Behausung zu errichten. Der Graben zwischen den Reichen und den Armen wird immer größer, und das in Angst erregender Weise!

Das Bodenrecht

Wenn man über die großen Straßen auf dem Land oder in der Hauptstadt fährt, sieht man, wie die Leute dabei sind zu bauen, und das gibt den Eindruck eines wachsenden Lebensniveaus, während die Wirklichkeit für die Mehrheit der Bevölkerung ganz anders ist. Ruanda hat eine im Wesentlichen von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung. Vor Zeiten kultivierten die Leute, in Genossenschaften organisiert, Sümpfe. In der Gegenwart jedoch sind diese Fläche reichen Eigentümern in Konzession gegeben, die sie auf moderne Weise ausbeuten. Die Löhne, die sie den Arbeitern bezahlen, reichen (für das Leben) nicht aus. „Der

Boden gehört dem Staat“, erklärt man. Von daher hat man Dörfer für die Tutsi- „Entkommenen“ auf Land gebaut, das Privateigentümern gehört.

Das ruandische Bodenrecht hat jeden Bauen, der ein Stück Land besitzt, verpflichtet, es der Regierung zu geben. Die Politiker profitieren davon. Man baut landwirtschaftliche Modellbetriebe, in denen die Kühe bis zu 40 Liter Milch täglich produzieren. Angesichts der Qualität und des Preises für Milch der Großbetriebe können die Armen, vor allem die in ihren Dörfern versammelten und enteigneten Hutsus, nicht mit der Konkurrenz mithalten und das bisschen Milch ihrer armen Kühe verkaufen. Jedoch haben die Tutsis niemals Land gehabt. Die internationale Gemeinschaft beglückwünscht sich für die Existenz dieser Großbetriebe und sieht sie als Zeichen der Entwicklung an (31).

Die Redefreiheit

In einem Brief vom 31. März 2005, der aus dem Landesinneren kam, konnte man lesen: „... Beten Sie viel für die Ruander, vor allem für die einfachen Leute, die wegen dem, was derzeit im Land geschieht, riesige Angst haben.“. Das vorherrschende Klima ist das der Furcht, des gegenseitigen Misstrauens, selbst unter Personen derselben Bevölkerungsgruppe (32). Wenn die Leute sich für einen Trauerakt oder für ein Fest versammeln, haben sie keine Lust zu sprechen. Es genügt schon wenig, um wegen „Divisionismus“ (gemeint: Spaltung zwischen den Volksgruppen, d.Ü.) und „Völkermords-Ideologie“ angeklagt zu werden. In diesem Augenblick werden alle Mittel der Verteidigung unmöglich, denn die Anklage ist abstrakt, und man wüsste nicht, worauf man seine Verteidigung bauen sollte. Das Ergebnis ist sehr leicht das Gefängnis (33).

Dieses Misstrauen ist auch auf der Ebene der Schulen zu sehen. Manchmal verurteilt man einen Hutu-Schüler, weil man bei ihm eine Rasierklinge oder ein Speisemesser entdeckt hat. Was gibt es Natürlicheres in einem Internat! Sehr oft wird der Schüler der Schule verwiesen. Paradoxer Weise kann eine solche Anschuldigung nicht gegen ein

Tutsi-Kind erhoben werden. Dies kann den nicht erstaunen, der sich an die Erklärung des ruandischen Präsidenten vor zwei Monaten erinnert, die von den großen Radioketten immer wieder gebracht wurde: „Wie Ihre Eltern, so sind die Kinder der Völkermörder potentiell gefährlich für die Zukunft der ruandischen Nation“. Die Kinder der anderen!

Die Presse ist vollständig unter der Kontrolle der Regierung. Im Mai 2005 gab es in Nairobi einen wichtigen internationalen Presse-Kongreß. Die Tatsache, dass Präsident Kagame eingeladen worden war, sein Wort an die anwesenden Journalisten zu richten, rief eine lebhafte Reaktion im Pressemilieu hervor. Die Journalisten, die es gewagt haben, seine inakzeptablen Praktiken zu beschreiben, waren bedroht oder ins Gefängnis geworfen. Es genügt soviel wie nichts, um der Verleumdung und des Divisionismus angeklagt zu werden. Einige Journalisten sind wie Apollos Hakizimana getötet worden, der es gewagt hatte, die Erpressungen der Armee an den Pranger zu stellen.

Über die internationale Szene

Im August 2003 wurde Ruanda zur Vizepräsidentschaft der Konferenz der Staatschefs und daraufhin zur Vizepräsidentschaft der Beständigen Kommission der Afrikanischen Union gewählt. Seit Anfang 2004 ist Ruanda Vollmitglied von COMESA, des Gemeinsamen Marktes der Staaten von Ost- und des Südlichen Afrikas. Alle Importsteuern auf Waren, die in den Mitgliedsländern hergestellt werden, entfallen. Heute (also im Juni 2005, d.Ü.) ist Ruanda auf dem Weg zur Präsidentschaft der Afrikanischen Entwicklungsbank (35). Der Pariser Club hat zugunsten Ruandas die totale Schuldenstreichung dekretiert, und das in dem wohlverstandenen Sinn, dass das Land als guter Schüler, der von Zielerfüllung zu Zielerfüllung fliegt, die vorgesehenen Auflagen erfüllt hat. Eine analoge Entscheidung war zuvor durch den Weltwährungsfonds und die Weltbank getroffen worden.

Die Länder des Nordens

Die USA haben jüngst der ruandischen Regierung (36) einen mutmaßlichen Verantwortlichen für den Völkermord ausgeliefert. Dabei wusste man genau, dass es ein Straf-Tribunal für Ruanda gibt, das über dieses Verbrechen urteilt, und dass in Ruanda diesem Menschen die Todesstrafe droht. Seinerseits hat die ruandische Regierung vor Kurzem der Regierung der USA auf dem Gebiet von Bugesera eine Fläche für den Bau eines internationalen Flugplatzes gegeben. Die Arbeiten hätten im Februar (2005) beginnen sollen. Der Zweck ist, den USA zu erlauben, eine Basis für die militärische Überwachung von Zentralafrika zu haben. Dieser Flugplatz wird für Fluggästbeförderung bestimmt sein, da der aktuelle Flugplatz von Kanombe als Militärbasis dienen wird (37). Bezuglich der Rückkehr der ruandischen Hutus scheint es, dass die USA dieses Mal (also im Jahr 2005, d.Ü.) entschlossen sind, Kagame zu bitten, die Rückkehr zu akzeptieren. Belgische Verantwortliche, die im April (2005) nach Ruanda kamen, um nach Zeugen für einen laufenden Völkermordprozess ebenso wie über das Massaker der Belgier zu suchen, haben 80 bis 100 „Entkommene“ gefunden, die über Video-Konferenz ihre Zeugenaussage vorbringen können. Herr Louis Michel, EU-Leiter für die Kooperation, hatte in Kigali von Präsident Kagame die Zusicherung erhalten, dass die unschuldigen Hutus in das Land zurückkehren könnten und gut aufgenommen werden würden, während den Völkermörtern der Prozess gemacht werden würde. Er war sehr zufrieden nach Belgien zurückgekehrt und sagte, eine Teilung der Macht sei nicht mehr unmöglich, insofern die FDLR (Forces Démocratiques pour la Libération du Rwanda = Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas), die den Vertrag von Rom unterschrieben haben, ihn ihre Entschiedenheit hätten wissen lassen, am politischen Bereich ihres Vaterlandes teilzunehmen. Bluff oder Wirklichkeit – die Zukunft wird es uns zeigen!

Die Rückkehr der Hutus nach Ruanda

Seit 1994 sind Hunderttausende ruandischer Hutus in die Demokratische Republik Kongo geflüchtet und haben sich dort niedergelas-

sen. Viele wurden in den Camps (Kashusha, Kibumba, Mugunga ..) und auf den Fluchtwegen (Tingitingi...) während ihrer Flucht von der ruandischen Armee getötet, die mit der AFDL von Laurent Désiré Kabila vorrückte. Einige der Überlebenden haben sich inmitten der kongolesischen Bevölkerung niedergelassen. Als die APR den zweiten Krieg in der Demokratischen Republik Kongo 1998 an der Seite der RCD begann, haben die Hutus nochmals viel gelitten. Man forderte die kongolesischen Bürgerinnen und Bürger auf, die Präsenz von Hutus zu denunzieren, und man hat sie mit Geld dafür belohnt. Auf diese Weise wurden Hutu-Jungen und -Männer getötet. Die internationale Gemeinschaft ist gegenüber dem Los der Hutus gleichgültig geblieben. Manche haben sich in andere Länder durchgeschlagen, andere sind in die Regenwälder im Osten der Demokratischen Republik Kongo geflüchtet.

Nach Schätzung der MONUC (= UN-Beobachtertruppe im Kongo, d.Ü.) (39) dürften sich in dieser Region ungefähr 45.000 ruandische Hutus aufhalten, von denen 30.000 im Nord-Kivu und 10.000 im Süd-Kivu leben (40). Nach Angaben der RFI, die am 30.4.05 aufgefangen wurden, sind seit November 2004 circa 900 Hutus aus der Demokratischen Republik Kongo nach Ruanda zurückgekehrt, darunter 149 in diesen Tagen (d.h. Mai/Juni 2005, d.Ü.). Andere seien aus Burundi gekommen. Der Hohe Flüchtlingskommissar (HCR) sei dabei, die Camps vorzubereiten, um die unterzubringen, die in Ruanda ankommen werden. Es besteht zudem die Schwierigkeit (der Rückkehr, d.Ü.) bei jenen Hutus, die mit kongolesischen Frauen verheiratet sind.

Die, die den Terror im Süd-Kivu säen, sind die Männer von Paul Kagame. Sie sind in die Demokratische Republik Kongo geschickt worden und werden unterstützt von kongolesischen Banditen, um als Vorwand der fehlenden Sicherheit für Ruanda zu dienen und um die FDLR zu verteufeln.

Aufgrund der Verträge von Rom vom 31. März 2004, die von der kongolesischen Regierung unterzeichnet wurden, haben die Hutus der FDLR beschlossen, den bewaffneten Kampf aufzugeben, nach Ruanda

zurückzukehren und eine polititische Partei zu werden. Viele von ihnen jedoch haben Angst vor einer Rückkehr. Zudem: Welchen Spielraum könnten die FDLRler unter den aktuellen Bedingungen der politischen Parteien (für sich) finden? Das, was diese Hutsus erwartet – schuldig oder nicht –, sind wahrscheinlich die Gacaca-Gerichte und für die meisten ganz sicher das Elend. Das internationale Forschungsinstitut Crisis Group hat an Ruanda appelliert, mit der FDLR zu verhandeln, aber die ruandische Regierung hat erklärt, sie würde niemals mit ihnen verhandeln, sondern im Gegenteil müssten sie im Falle der Rückkehr die Verantwortung für ihre Akte übernehmen.

Der Schlüssel zur Veränderung

Der Tag ist nicht fern, an dem man erkennen wird: Das Regime von Paul Kagame hat soviel Übel über sein Land, seine Mitbürgerinnen und Mitbürger und über die kongolesische Bevölkerung gebracht. Aber dieses Regime trägt nicht allein die Verantwortung dafür. Eines Tages wird man auch mit Verspätung erkennen, dass die internationale Gemeinschaft einen großen Fehler gemacht hat, indem sie die Augen über die Verbrechen dieses Regimes geschlossen hat, ja noch mehr, indem sie diesen „starken Mann“ hervorgebracht und ermutigt hat. Man sah in ihm den Stabilisator und hat dabei die Augen gegenüber einer Realität, die dazu ganz im Gegensatz steht, sowie auf jeden Fall über den Preis dieser angeblichen „Stabilität“ verschlossen.

„In diesen Jahren des gegenseitigen Mordens waren wir alle Verlierer, und nur dann, wenn wir das einsehen, werden wir unser Land wieder aufbauen können“, sagte eine ruandische Mutter. Für den Frieden in der Demokratischen Republik Kongo sowie dafür, dass die Rückkehr der ruandischen Hutsus nach Ruanda nicht zu einer neuen Tragödie für die Bevölkerung im Kongo und für sie selbst wird, ist es notwendig, dass in Ruanda ein Raum der Freiheit und des wahrhaften Dialogs eröffnet wird.

Um das zu erreichen, ist es nicht erforderlich, dass die internationale Gemeinschaft Armeen entsendet. Es würde genügen, dass sie ein

für alle Mal auf (die Durchsetzung) ihrer eigenen Interessen verzichtet und auf dieses Regime durch die Suspendierung der Budgethilfe Druck ausübt sowie wirklichen diplomatischen Druck (einsetzt). Jedoch scheinen bis jetzt die Satelliten(aufnahmen), die Diplomaten, die Reisen von Ministern, die Berichte der UNO, die Dokumente der kongolesischen Zivilgesellschaft ebenso wenig wie die Dokumente der ruandischen Zivilgesellschaft Wirkung zu zeigen: Man hat tatsächlich die Auflagenfüllung von Ruanda beglückwünscht und ihm dafür seine Auslandsschuld gänzlich erlassen.

Und während dieser Zeit verüben in totaler Gleichgültigkeit Ruander auf unmenschliche Weise Massaker an der kongolesischen Bevölkerung in Walungu, in Nindja, und weitere Kongolese sterben, ohne dass man sie zählen kann, in Ituri und sonst wo in der Demokratischen Republik Kongo.

Und währenddessen werden circa 4.000.000 Tote in der Demokratischen Republik Kongo durch die Schuld eines Mannes und einer Mörder-Macht ignoriert.

Während dieser Zeit gibt es kein Mitleid mit dem armen kongolesischen Volk, dessen Auslandsschuld nicht aufhört, immer schwerer zu werden ...

Möge Gott in seiner unendlichen Barmherzigkeit so gütig sein, Ruanda, Burundi, Uganda und die Demokratische Republik Kongo für eine strahlende Zukunft unter unseren Völkern zu retten.

Bukavu, den 8. Juni 2005

Idesbald BYABUZE, Katabaruka, Vicky CIHARHULA, Teresina CAFFI

ANMERKUNGEN:

1. Dieses Statut fordert, dass sie mindestens 150 km von der Grenzen entfernt sind.
2. Vgl. RFI vom 24.05.05: Die burundische Regierung erklärt, keine Situationen haben zu wollen, die das Klima zu einem Zeitpunkt belasten könnten, an dem das Land sich auf die für den Monat August 2005 vorgesehenen Wahlen vorbereitet. Laut RFI vom 29.05.05 wurden die Ruander, die nach Burundi geflohen waren, zwangsweise in das einzige Camp von Sogore verlegt, 20 km von der ruandische Grenze entfernt. Human Rights Watch bestätigt, dass sie nicht gezwungen werden dürfen (nach Ruanda) zurückzukehren und dass die burundischen Behörden sich um die Angst dieser Personen Sorge machen und deren Ursachen analysieren müssten. Tansania seinerseits hat sie alle nach Ruanda zurückgeschickt (RFI vom 31.5.05).
3. Vgl. RFI vom 24.05.05: Schon am 26.04.05 flohen 5.000 ruandische Hutus nach Burundi und 1118 nach Uganda. Eine Zeugenaussage vom 28.4.05 bestätigt, dass diejenigen, die fliehen und von der ruandischen Sécurité (nationaler Sicherheitsdienst, d.Ü.) geschnappt werden, an Ort und Stelle getötet werden. Darum brechen sie mit leeren Händen auf und lassen alles zuhause zurück, außer ein wenig Geld.
4. Man hat uns berichtet, man wollte eine Tutsi-Frau, deren Kind und andere Familienmitglieder während der Ereignisse von 1994 getötet wurden, dazu zwingen, den Mörder anzuklagen. Sie wollte nicht: „Ich habe ihm verziehen“. „Du weigerst Dich nur deshalb, ihn anzuklagen, weil man Dir Geld gegeben hat“, sagte man ihr. „Wie könnte ich mein Verzeihen verkaufen?“, antwortete sie.
5. RFI vom 27.4.04
6. Darunter die Europäische Union, vgl. RFI vom 26.04.05.

7. Kein Hutu kann als „Entronner“ gelten.

8. Hutos fragen sich, ob ihre Kinder somit Dummköpfe sind: „Meine Tochter war 8 Jahre alt, als wir Ruanda verlassen haben, sagt eine Frau. Bei unserer Rückkehr ins Land nach 6 bis 8 Jahren hat das Kind weder die Familienmitglieder noch die Nachbarn wieder erkannt. Wie geschieht es dann, dass die Zeugenaussage eines jungen Tutsi, der zu jener Zeit Kind war, als authentisch angesehen wird? Und wie geschieht es, dass junge Hutos, die zu jener Zeit zwischen 9 und 10 Jahren alt waren, angeklagt werden, in jener Zeitspanne Teil der Interahamwe gewesen zu sein? Und selbst wenn ein Kind von 10 Jahren etwas verbrochen hat, ist es dann verantwortlich bis zu dem Punkt, dass es zehn Jahre später deswegen verurteilt wird?“

9. Nachdem er eine derartige Erfahrung erlebt hatte, erklärt ein junger burundischer Tutsi: „Jetzt begreife ich, dass viele Hutos, die im Gefängnis sitzen, unschuldig sind.“

10. Hutu-Frauen haben diese Reflexion angestellt: „Wir sehen, dass Kagame solange nicht zufrieden sein wird, als nicht alle aktiven Männer im Gefängnis sitzen oder tot sind.“

11. RFI vom 26.4.05: Ein Wort, das dafür gebraucht wird, heißt „ruharwa“, was bedeutet: „Er verdient den Tod“. Selbst von dem Hutu, der weder getötet noch kollaboriert hat, fordert man: „Sie müssen uns sagen, was Sie gesehen haben.“

12. Nach allgemein verbreiteter Auskunft widersprechen Ressource-Personen der Position der LDGL (Ligue de droits de la Personne dans les Grands Lacs – Liga der Menschenrechte im Gebiet der Großen Seen), die zwar das Recht auf das Flüchtlingsstatut für die Hutu-Flüchtlinge in Burundi unterstützen, aber nichts desto weniger das System der Gacaca-Gerichte verteidigen (Dokument: „Exposé sur la panique et l'exil de certains Rwandais...“ – Exposé über die Panik und das Exil gewisser Ruander, Ende April 2005).

13. Die Zahl von 130.000, von der man nach dem Völkermord sprach, hat sich wahrscheinlich nicht verringert. Allein in der Provinz Butare gibt es – zusätzlich zu dem Zentralgefängnis, von dem wir später sprechen – ein weiteres großes Gefängnis in Nyanza und andere, weniger große. Man kann diese mit der Zahl zehn der Provinzen Ruandas multiplizieren.

14. RFI vom 26.4.05 und mehrere vertrauenswürdige Zeugenaussagen, darunter auch diejenige eines Politikers. Amnesty International hat die Tatsache öffentlich angeprangert, dass alle Hutos an hoher Stelle inzwischen auf Listen vorgemerkt oder schon angeklagt sind. Das Recht auf Verteidigung wird nicht respektiert, und ebenso nicht das weltweit zugelassene Prinzip der Unschuldsvermutung (vgl. RFI vom 31.5.05).

15. Diese haben eine größere Chance, freigelassen zu werden, denn ihre Vergehen werden als weniger schwer angesehen im Vergleich zum Völkermord (Zeugenaussage vom April 2005).

16. Im Zentralgefängnis von Butare hat man weniger als zehn Tutsis gezählt, vor allem junge Tutsis, die ins Gefängnis gesteckt worden sind, weil sie Hanf geraucht haben oder weil sie der Vergewaltigung Minderjähriger angeklagt sind. Die Tutsi-Gefangenen werden oft ohne Richterspruch freigelassen, während die Hutos lange im Gefängnis bleiben, bevor sie einem Richter vorgeführt werden.

17. Man versprach ihnen die (gesellschaftliche) Wiedereingliederung, damit sie die Demokratische Republik Kongo verlassen und nach Ruanda zurückkehren. Auf dem Flughafen von Kanombe (Kigali) angekommen, wurden sie sofort in Fahrzeuge verfrachtet und ins Gefängnis gebracht.

18. Nach dem Namen der Stadt in Tansania, wo sich der Sitz des Internationalen Strafgerichtshofes für Ruanda befindet.

19. Zum Beispiel Butare: Am Ende des letzten Jahres (d.h. Ende 2004, d.Ü.) kaufte man drei Fernseher für die drei Sektoren des Gefängnisses.

20. Nach einem Augenzeugen: Wenn ein Gefangener entweicht, hat der Wächter, der auf ihn schießt, das Recht auf eine Belohnung und auf zwei Tage Urlaub, während nach Art einer Kollektivstrafe alle Gefangenen einen Tag lang ihrer Nahrung beraubt werden. Hier nun ein besonderer Fall im Zentralgefängnis einer Stadt des Landes: Die Besucher treffen die Gefangenen im Freien außerhalb des Gefängnisses auf einer Fläche an, die auf der einen Seite von der Gefängnismauer umgeben ist und auf der anderen von Wächtern, von denen einige das Gewehr auf den Häftling gerichtet halten, während er mit seinem Besucher spricht. An einem Samstag gab ein Gefangener während ihres Besuches seiner Frau einen Brief mit seinen letzten Gedanken und Wünschen, bevor er zu laufen beginnt. Der dritte Schuss eines Wächters erreichte ihn. Er starb mit einer Kugel im Kopf, während er in die Freiheit floh!

21. Die Gefangenen sind für die Küche und die Versorgung verantwortlich. Die internen Sozialdienste geben den Gefangenen Ratschläge, damit sie sich an das Gefängnisleben anpassen. Andere Gefangene sind verantwortlich für die (Kranken-)Pflege in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz. Wenn ein Gefangener ins Krankenhaus kommt, stehen sie ihm bei, und wenn er stirbt, sorgen sie für seine Beerdigung. Die Gefangenen sind in Blocks aufgeteilt. Jeder Block wird von einem kapita (Gruppenleiter) geleitet.

22. Immer noch nach einem Augenzeugen, der hinzufügt: „Bretter werden anstelle des Bodens gelegt, um die einzelnen Matratzen zu tragen. Diese sind aus Säcken hergestellt, die von den Gefangenen selbst genäht werden. Sie werden mit toten Bananenblättern voll gestopft... Diese Quartiere reichen nicht, so dass bestimmte Gefangene auf den Gängen unter freiem Himmel und in den Duschen schlafen.“

23. Da diese Nahrung nicht ausreicht, können diejenigen, die ein wenig Geld von der Familie oder von einigen nahe stehenden Freunden haben, sich Nahrungsmittel besorgen, die von draußen kommen. Die unzureichende Ernährung hat junge mittellose Gefangene dazu gebracht, sich in den Dienst – die sexuellen Bedürfnisse – der älteren und über (Finanz-)Mittel verfügenden Gefangenen zu stellen. Das scheint die Regierung nicht zu scheren, die – nach einer Stimme der Zivilgesellschaft – sich mehr dafür interessiert, dass diese Personen im Gefängnis sterben. „Wenn sie freigelassen werden, so nur aufgrund des internationalen Druckes“.

24. Zum Beispiel hat man viele Hutus im Gefängnis gesehen, die verhaftet worden waren, weil sie gesagt hatten oder weil sie verleumdet wurden, gesagt zu haben: „Ah, Ihr, Ihr seit Tutsi!“ (Dafür) werden sie sofort bestraft. Demgegenüber schmähen und beleidigen mit Leichtigkeit die Tutsi die Hutus, ohne (dafür) bestraft zu werden, weil das nicht Beleidigung ist, sondern bloßer Spaß. Am 7. April 2005 sagte der ruandische Präsident anlässlich des jährlichen Völkermordgedenkens, man solle nicht das, was in Ruanda mit dem Völkermord passiert ist, vergessen: „Vergessen ist eine Sünde; man kann vielleicht verzeihen.“

25. Die Gedenkfeier des 10. Jahrestages des Völkermordes hat das mit größter Offenkundigkeit gezeigt: Unsere vertrauenswürdigen Quellen haben uns von Ruanda aus signalisiert, dass bei dieser Gelegenheit die aus dem Ausland gekommenen Leute nahezu überall im Land Filme gedreht haben, indem sie in natürlicher Größe die Szenen des Völkermordes mit Ruander nachgestellt haben, die überall im Land rekrutiert wurden. Man hat ein Theaterstück geschaffen, dass von Ruandern gespielt und von Deutschen geleitet wurde. Zeremonien der Exhumierung und der erneuten Beerdigung von Leichnamen fanden statt, und es handelte sich nach dem Reden der Behörden (bei den Opfern) nur um Tutsis, während die Massaker an Zehntausenden Hutus, die von der FPR in Ruanda und im Ex-Zaire in den Flüchtlingscamps und in den Wäldern getötet wurden, nicht erwähnt werden. Nach einer Zeugenaussage vom 4.4.2005 werden bis jetzt nur die Völkermordwaisen und -witwen, die

Tutsis sind, dank der Hilfen der Europäischen Union wirtschaftlich unterstützt.

26. Die dritte völkische Gruppe im Land, sehr stark in der Minderzahl und marginalisiert: 30.000 Personen unter 8 Millionen Ruander.

27. Am 8.11.2004 berichtete der ruandische Vermittler, der in Konfliktfällen mit dem Staat interveniert, dem Ministerium. Dank der internationalen Hilfe fördert und unterhält die Carwa-Vereinigung finanziell die schulische Eingliederung der Batwa, die noch schwach ist, sowie verschiedene Entwicklungsprojekte. Im April 2005 musste die Carwa-Vollversammlung (eigens) zusammenkommen, um über diese schwierige Lage zu beraten. Diese Maßnahme der Regierung führte zu einem Einfrieren der internationalen Hilfe, denn – so sagte ein Leiter einer irischen Nichtregierungsorganisation, die die Batwa unterstützt: „Wir befolgen die Instruktionen der Regierung, die von uns fordert, dass wir (nur) die Vereinigungen unterstützen, die legal sind.“

Die internationale Beobachtereinrichtung für den Schutz der Menschenrechtsverteidiger sah in der Carwa keine Bedrohung für die ruandische Gesellschaft und forderte die ruandische Regierung auf, die Aktivitäten dieser Vereinigung nicht zu stoppen. Vgl. Syfia/Grands Lacs, „Ruanda“: Les Batwa revendent leur identité pour s'en sortir („Die Batwa beanspruchen ihre Identität, um sich über Wasser zu halten“), April 2005.

28. Am 12. September 2003 erfolgte seine Vereidigung: (Es war) das Gepränge einer absoluten Macht! Neun Staatschef und zahlreiche Würdenträger von fast überall her in der Welt waren dabei. Angesichts der unglaublichen Prozentzahl der Stimmen zugunsten von Paul Kagame kommentierte ein hoher Repräsentant der französischen Politik: „Dennoch, er hat etwas übertrieben!“. Jedoch verweigerte die Europäische Union nach der erzwungenen Auflösung der Partei „Mouvement Démocratique Rwandais“ (MDR – Ruandische Demokratische Bewegung) ihre finanzielle Unterstützung für die ruandische Wahlkommis-

sion. Ein hoher Vertreter einer ruandischen Partei erklärte: „In diesem Land sagt man nichts mehr; man kann weder die FPR noch Kagame kritisieren, ohne des Divisionismus angeklagt zu werden.“

29. Jetzt, da es schwierig ist, die Reichtümer der Demokratischen Republik Kongo wie zur schönen Zeit der von der ruandischen Macht ausgedachten und unterhaltenen Rebellionen auszubeuten, treten offenkundig Zeichen der Schwierigkeiten auf. So bleiben schöne Häuser unvollendet; die Löhne und Gehälter werden immer schwieriger gezahlt und es werden Luxusautos des Staates verkauft ...

30. Selbst um ein Häuschen auf dem Land zu bauen, braucht es eine Bewilligung, und man muss eine Abgabe entrichten. Selbst um einen Baum auf dem eigenen Grundstück zu fällen, braucht man eine Erlaubnis.

31. Die Information kam von der Zivilgesellschaft und von einer hoch stehenden politischen Persönlichkeit der Region.

32. Seit dem alten Regime ist die ruandische Gesellschaft stark organisiert und kontrolliert: Die Zivilgemeinde (Commune) ist in Sektoren und Letztere in Zellen aufgeteilt, die sich in Zonen von je zehn Familien aufspalten, die von der „Nyumbakumi“ (= zehn Familien) überwacht werden. Vor der Wahl des Präsidenten der Republik wählte man die Chefs der Basisstrukturen, ausgenommen die Nyaumbakumi, die nach unseren Informationen ernannt werden. Über die Wahlen „wird man dahin gebracht, dass die Mehrheit der Leiter Tutsis sind“ (eine Zeugenaussage).

33. Diese Anklage ist auch eine Waffe der Rache: Wenn eine Person gegen eine andere Groll hat, genügt es ihr, diesen anzuklagen, „im strafbaren Einverständnis zu sein“. Hier ein Beispiel des Anklagetextes: „Als er in der Stadt ... während verschiedener Zeiten des Jahres 2004 war, hat ... öffentlich in seinen Worten zum Ausdruck gebracht, dass es in Ruanda einen doppelten Völkermord gibt, wobei er in grober Weise

den Völkermord verniedlichte. Diese Tatsachen sind vorgesehen und geächtet in Art. 4 des Gesetzes Nr. 33bis/2003 vom 6.9.2003, das das Verbrechen des Völkermordes, die Verbrechen gegen die Menschheit und die Kriegsverbrechen ächtet.“ Der dieser und ähnlicher Übertritte Angeklagte wurde erst nach sieben Monaten Gefängnis als nicht schuldig erklärt, und in dieser Zeit hat er seine Arbeitsstelle verloren.

34. Zeugenaussage vom 25.5.05 gegenüber RFI durch Herrn Ismael Mbonigaba, einem früheren Direktor der ruandischen Zeitung Umuseoso. Herr Mbonigaba ist zur Zeit im Exil.

35. Vgl. RFI vom 23.5.05. Selbst, was den Sport angeht, wurde gerade ein internationaler Marathon in der ruandischen Hauptstadt abgehalten.

36. Nachricht RFI, 27.4.05.

37. In Ersetzung der (Militär-)Base von Kamina in der Demokratischen Republik Kongo (Zeugenaussage vom 24.4.2005). Es scheint, dass die USA infolge ihrer bitteren Erfahrung im Irak nicht mehr (bereit sind,) Paul Kagames Krieg in der Demokratischen Republik Kongo bis zum Äußersten (zu) unterstützen.

38. Vgl. Radio Okapi vom 1.5.2005.

39. Die Streitkräfte der UNO in der Demokratischen Republik Kongo.

40. Laut RFI wären die ruandischen Hutus im Osten der Demokratischen Republik Kongo zwischen 8.000 und 15.000.

41. Präsident Paul Kagame erklärte der RFI am 28.05.05, dass der Diskurs der FDLR, die Waffen niederzulegen und sich in eine politische Partei umzuwandeln, nur ein Spiel sei, und dass in Wirklichkeit sie sich darüber klar geworden seien, dass sie zurückkehren müssten. „Wir wür-

digen ihre Entscheidung. Wir sind bereit sie aufzunehmen. Alles, was wir tun, ist, ihnen die Tür zu öffnen“, fügte er hinzu. Wenn man die Situation des Landes in Betracht zieht, kann man sich nur fragen: Welche Tür? Nach manchen Beobachtern fühlt sich der Präsident in Unsicherheit, wenn Ruander im Ausland sind. Aber sobald sie im Inland sind, kann er sie schachmatt setzen. Andere sehen in der Verhärtung der ruandischen Regierung gegenüber den Hutus im Lande während dieser Wochen eine Strategie, um die ruandischen Hutus in der Demokratischen Republik Kongo zu entmutigen, damit sie nicht nach Ruanda zurückkehren.

KARAWANE DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT MIT DEN BEVÖLKERUNGEN VON WALUNGU UND KANIOLA IM SÜD-KIVU, DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO, VOM 12.–13. Mai 2005

*Idesbald Byabuze Katabaruka, Vicky Ciharhula, Teresina Caffi
(Bukavu, Kongo):*

Der nachfolgende Bericht stammt aus dem Menschenrechtszentrum OLAME der Erzdiözese Bukavu. Was er schildert, wird auch in anderen Landesteilen bestätigt, wo selbsternannte Kriegsherren („Warlords“) mit ihren oft aus Kindersoldaten bestehenden „Truppen“ und versprengten Gruppen mit kriminellem und ethnischen Hintergrund ihr Unwesen treiben und dabei vor Kannibalismus nicht zurückschrecken. Ein entsprechender Augenzeugenbericht liegt Tauwetter z.B. für das Hinterland von Kolwezi-Likasi in Katanga aus diesem Jahr vor, wo nicht Kirwanda-sprechende Gruppen, sondern sog. Mai-Mai ihr Unwesen treiben bzw. bis vor Kurzem getrieben haben. Sie sind Kinder dieses Krieges, der alle moralischen Schranken zerbrochen und viele ehemaliger Soldaten und Kriegsteilnehmer zu kriminell gewordenen „Desperados“ (Verzweifelte) gemacht hat, die sich keine Hoffnung auf eine straffreie Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft machen können. (TAUWETTER)

BERICHT

In diesem Bericht übermitteln wir das, was wir von den Personen gesehen und gehört haben, die wir im Gebiet von Walungu antrafen. Sie sind seit langem zermürbt durch die Angriffe derer, die man Interahamwe nennt, ruandische Hutu-Flüchtlinge in den Regenwäldern, die zudem mit Hilfe von kongolesischen Banditen agieren. Den betroffenen Bevölkerungen fehlt bisher ein angemessener Schutz seitens der nationalen und internationalen Machthaber.

Die Karawane des Friedens und der Solidarität brach von Bukavu am Freitag, dem 12. Mai, gegen Mittag auf. Sie bestand aus dreißig Personen, vor allem Frauen und jungen Menschen. Sie nahmen Nahrungsmittel, Kleidung und andere Grundbedürfnisartikel für die Bevölkerungen in Kaniola und Walunga in zwei LKWs mit. Als wir in Kaniola ankamen, deponierten wir eine Hälfte der Hilfe für die Pfarrei und fuhren dann nach einem kurzen Gespräch mit den Personen, auf die wir dort trafen, zurück zum Sportplatz nach Walungu, wo wir die Nacht verbrachten. Am nächsten Morgen brachen wir nach der auf dem Sportplatz vom Pfarrer von Kaniola und einem weiteren Priester gefeierten Messe auf, nachdem wir in der Pfarrei Walungu den Rest der Hilfe abgeladen hatten. Die Verantwortlichen beider Pfarreien sind mit der Verteilung beauftragt.

Dieser Bericht betrifft nur die Situation der Bevölkerungen von Walungu und Kaniola. Wir sprechen hier nicht von anderen Aspekten der Karawane wie z.B. von der Solidarität der Bevölkerung von Bukavu und der Dörfer, durch die wir kamen.

1. Was wir in Kaniola gesehen und erfahren haben

Der Eindruck, den die Personen auf uns machten, denen wir begegneten, ist der eines verschärften, langen Leidens. Es zeigt sich in den traurigen Gesichtern, im Abmagern, in den zu Lumpen gewordenen Kleidern. Obwohl sie wussten, dass wir zu ihnen kamen, gab es nicht

den herzlichen Empfang, der in diesem Milieu normal ist. Wir haben den Eindruck, dass ihr Leiden zu gross ist und ihr Warten auf eine wirkliche Hilfe schon zu lange gedauert hat, um in ihnen noch die Freude über den Empfang (von Gästen) aufkommen zu lassen..

Dennoch sind uns ca. 50 Leute bis zur Einfriedung des Pfarrhauses gefolgt. Darunter waren zahlreiche Kinder, Männer, einige Frauen. Unter ihnen waren mehrere, die von Nindja kamen. Sie waren am Vortag heruntergekommen, um die Sakamente zu empfangen, und sie wollten am Tag darauf wieder (in ihr Dorf) zurückkehren. Sie haben uns über die Situation informiert, in der sie in ihrem Dorf leben. Es befindet sich vollständig in dem von den Interahamwe (1) beherrschten Landstrich. Sie sind Sklaven. Jeder Familie ist eine Abgabe auferlegt worden. Jede Familie muss den Besetzern jede Woche einen Korb voll Yams und einen Korb voll Maniok geben, und man muss zudem für sie arbeiten. Die Bewohner haben in ihrem Haus das Wenige an Kleidung vergraben, (das sie haben.) Aber die Interahamwe wissen, wie sie diese (Bekleidungsstücke) finden, und nehmen sie mit. Sie plündern die Felder. Die Kinder schaffen es nicht mehr, zur Schule zu gehen, denn die Eltern sind völlig mittellos.

Die FARDC (2) kommen nicht nach Nindja. Sie „sichern“ nur die Sicherheit der Dörfer, die einen Gürtel um den Kahuzi-Bihega-Park bilden: Walungu, Kaniola, Budodo. Die MONUC kommt dorthin (nach Nindja, d.Ü.) , spricht mit den Interahamwe, „aber man sagt (uns) niemals, worüber sie gesprochen haben“, bekräftigten die Bewohner von Nindja. Einige sagten uns, die MONUC brächte ihnen Kisten auf dem Landweg und mit dem Hubschrauber . Nach anderen Zeugenaussagen spricht die MONUC auch oft mit dem Mwami (König, bzw. Dorfchef) von Nindja. Er empfängt sie nur allein, und nichts dringt von diesen Treffen nach draußen.

Die Kinder, die von Kaniola herunter gekommen waren baten ums um ein Stück Seife wie um ein großes Geschenk. Wenn ein Sack Salz riß und Salz zur Erde fiel, kamen welche von ihnen gelaufen, um ein wenig

davon aufzulesen und es untereinander in Eile zu teilen. Wir mussten ihnen versichern: „Nehmt es nicht mit, Ihr bekommt es (ja doch)“.

In Kaniola trafen wir auf der Straße mehrere FARDC-Soldaten und auch den frisch ernannten Coronel. Er betonte, dass nunmehr im Dorf Sicherheit herrsche und dass jeder von nun an zurückkehren könne. Der Einsatz der Soldaten erreicht nicht Nindja, das von den Interahamwe besetzt ist. Nahe dem Gesundheitszentrum von Kaniola befindet sich auch ein Wachposten der MONUC. Sie machen nächtliche Patrouillengänge. Dennoch, die Interahamwe sind nur 2 km weit weg, und die Menschen verschwinden weiter ... Die Letzten wurden nach unserer Kenntnis in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai entführt – (es war) gerade am Tage unserer Rückkehr aus dieser Region.

2. Das, was wir in Walungu gesehen und über Walungu erfahren haben.

Der Sportplatz und seine Bewohner

Wir haben die Situation der Bevölkerung von Kaniola besser auf dem Sportplatz von Walungu verstanden, wo sich derzeit noch Bewohner von Kaniola, Budodo und Nzibira aufhalten. Der Sportplatz ist ein großes Weidegelände, auf dem das Rote Kreuz, das IRC und die Malteser Hütten und Zelte errichtet und Planen angebracht haben, um die schon existierenden Gebäude zu überdachen, dazu ein Zelt für die Erste Hilfe; ferner hat man Toiletten errichtet. Auf dem Sportplatz gibt es eine Wasserstelle mit mehreren Wasserhähnen. In den Zelten gibt es nichts. Die Nacht ist hier schon recht kalt. Am Eingang zum Sportplatz stehen einige FARDC-Soldaten Wache für den Sportplatz und den Stadtkern von Walungu. Als wir ankamen, waren auf dem Sportplatz nur (noch) fünfzig Personen: Männer, Frauen, Alte, Erwachsene, Jugendliche und viele Kinder, vor allem Bewohner von Budodo und Nzibira. Man sagte uns – und im Übrigen hatten wir es bei der ersten Karawane selbst gesehen –, es habe bis vor Kurzem auf dem Sportplatz fünftausend Leute gegeben. Sie wurden gezwungen, in ihre Dörfer zurückzukehren, vor allem nach

Kaniola, und dies unter dem falschen Vorwand, dies sei der Befehl des Mwami (Dorfchef), und dass die MONUC die Dörfer sichern werde. Jetzt leben sie in ihren Dörfern weiter in Unsicherheit: Über Tag gehen sie ihrer Arbeit nach, nachts aber schlafen sie in den Maniokfeldern, nahe bei den Flüssen, oder sie scharen sich um die Wachposten des Militärs. Man weiß nicht, wie viele Kinder schon vor Hunger oder infolge der widrigen Witterung gestorben sind.

Die auf dem Sportplatz verbliebenen 150 Personen sehen sich unter Druck gesetzt, damit auch sie weggehen. Man spricht davon, man wolle das Camp in Kürze abbauen. Jedoch wollen die Flüchtlinge auf dem Sportplatz nicht in ihre Häuser zurückkehren. Sie wissen sehr wohl – manchmal begeben sie sich auch dorthin – um die Situation, die in ihren Dörfern weiterhin herrscht. Es gibt keinen Grund zur Annahme, die Vertriebenen auf dem Sportplatz möchten hier bleiben: Das Leben ist tatsächlich wenig komfortabel, und die Hilfen sind selten. Sehr früh am Morgen bestellen sie für andere den Acker, und das tun sie, selbst wenn es weit weg ist, um etwas zu essen zu haben. Eine Frau sagte uns, sie mache das, wobei sie den ganzen Tag arbeitet, für 25 FC (Gegenwert: 0,039 EUR) und ein Glas Maniokmehl.

Unter den Bewohnern des Sportplatzes gibt es einen (Lager-)Verantwortlichen, und dazu ein internes Comité, die die Verteilung der Hilfen durchführt, nachdem das vorherige Comité, das aus den angesehenen Leuten des Ortes bestand, Dreiviertel der Hilfen für sich abgezweigt hatte. Nichts desto weniger haben uns verschiedene Personen des Sportplatzes ihre Bauchschmerzen bezüglich der Verteilung mitgeteilt. Obwohl sie in der Liste ständen, würden sie keine Hilfe erhalten. Tatsächlich sind sie auch aus einem anderen Dorf als das der größten Gruppe.

Die Geschichten der Vertriebenen auf dem Sportplatz

Mama Safari (wir nennen sie so) ist eine Frau von ungefähr 40 Jahren, Mutter von 8 Kindern. Sie spricht ohne Probleme, die Berichte fol-

gen einer dem anderen, so als ob sie ein Bedürfnis hätte, eine allzu schwere Erfahrung mit (uns) zu teilen. Mama Safari hat mehrmals ihr Leben aufs Spiel gesetzt.

Einmal klopften die Interhamwe nachts um 11.00h heftig an die Haustüre. Dem Anschein nach war nur ein bewaffneter Mann da, aber rings um ihn gab es eine ganze Gruppe. Die Frau wurde vor ihrer ganzen Familie vergewaltigt. Danach nahm man alles weg, was im Haus war. Man ließ sie sogar nackt, und man zwang sie, bei der Folter zuzusehen, die man ihrem Mann zufügte. Man hat ihn in Stücke gehauen ... Sie musste seinen Kopf halten, während man ihn erwürgte, damit er „ihnen nicht das Messer kaputt mache!“. Mit einem Schmerz, der in Lachen verdreht wurde, sagte sie uns, sie kenne alle Details des Inneren eines menschlichen Körpers: Das sei sehr schön! Die Augen sind nur scheinbar klein; unter den Augenlidern gebe es Fett, das anders sei als das, das die Innereien bedeckt ... Sie beschreibt uns den Darm, die Nieren, die Muskel. Das Geschlechtsorgan des Mannes war von innen her gepackt und herumgedreht worden... In den Regenwald verschleppt, konnte sie mit ihren Kindern fliehen. Frau Safari verbringt die Nacht mit uns. Wie sie uns zuvor gesagt hatte, schafft sie es nicht mehr zu schlafen, weder über Tag noch nachts. Sie erzählt, erzählt ...

Frau Riziki erzählt uns, wie während der vergangenen Monate die Interahamwe in ein Haus in Kaniola eindrangen, in dem sich mehrere Familien versammelt hatten, um sich zu schützen. Sie töteten mit der Hacke und der Machette fünf Personen. Die Frau verlor dabei das Bewusstsein. Als sie aufwachte, fand sie sich mit Leichnamen bedeckt. Eine Frau unter ihnen atmete noch. Sie nahm sie auf den Rücken und trug sie bis zum Hospital von Walungu, wo die Frau wenige Minuten nach der Ankunft starb.

Andere Frauen schließen ihre Erzählungen an. Man erklärt uns, wie die Interahamwe töten. Manchmal fordern sie einen der Gefangenen auf, den Kopf seines Gefährten zu halten, während man ihn abschlägt. Der abgeschlagene Kopf rollt zu Boden, als ob er noch lebendig wäre ...

Mehrere so abgeschlagene Köpfe werden auf einen Stock befestigt, den sie dann in die Erde stecken ... Manchmal rasiert man tatsächlich die Person, die getötet werden wird, und wäscht sie. Man säubert auch einen Kessel. Die Person wird erdrosselt, ihr Blut wird im Kessel aufgefangen, und dann wird das Blut in Fässer getan. Eine andere Art zu töten ist die, Personen lebendig einzugraben. Den Kindern bindet man Arme und Beine und legt sie auf ein Nest roter Ameisen, bis dass diese sie auffressen.

Die Männer reden auch: Die FDLR haben ihnen ihre Kühe, ihr Hab und Gut und auch die Mitglieder ihrer Familien weggenommen. Ein Mann hat zwei Töchter in jugendlichem Alter, die ihm seit August weggenommen worden sind. Von Zeit zu Zeit lässt man, als ob man sich über ihn lustig machen wollte, ihm sagen, er solle doch die Mitgift abholen ...

Innerhalb von drei Wochen wurden allein im Dorf Kaniola 39 Personen von den Interahamwe verschleppt: zwei Soldaten der FARDC, die getötet wurden, zusammen mit der Frau eines von ihnen. Ein alter Vater verstarb am (letzten) Freitag, erschöpft von dem Weg und von den Foltern, die er erlitten hatte. Er starb, als er, frei gelassen, dabei war, in sein Dorf zusammen mit einer anderen Person zurückzukehren. Zwei weitere sind allein zurückgekehrt. Alle anderen sind im Regenwald, oft unter Todesdrohung. Nachdem die Interahamwe alle Kühe gestohlen haben und nicht mehr wissen, was sie stehlen sollen, stehlen sie jetzt die Menschen. „Ein Kopf“ kostet 100 Dollar. Vorher waren es 50. Wenn eine Gruppe verschleppt wird, fordern die Interahamwe einen unter ihnen auf, ins Dorf zurückzukehren, um das Geld für alle Mitglieder der Gruppe zusammenzubringen, und das in einer kurzen Zeitspanne. Sobald diese Zeitspanne verstrichen ist, werden die Leute getötet.

3. Wer sind die Urheber

Wer sind in Wirklichkeit diese FDLR, Interahamwe oder Rastas, die das Leben so vieler armer Menschen verwüsten, ohne je von ihnen

etwas Böses erfahren zu haben – ganz im Gegenteil: Sie haben in der Demokratischen Republik Kongo Aufnahme und Hilfe seit 1994 erhalten?? Manche unterscheiden unter diesen Hutu-Milizen zwei Gruppen:

- die FDLR: Sie sind aus den Hutus hervorgegangen, die nach dem Völkermord in Ruanda 1994 in die Demokratische Republik Kongo geflohen sind. Ihre Vertreter haben den Vertrag von Rom am 31. März 2005 zusammen mit der Regierung des Kongo unterschrieben und für die Abkehr vom bewaffneten Kampf, die Umwandlung in eine politische Partei und die Rückkehr nach Ruanda unter internationaler Garantie optiert.
- die Rastas, eine Mischung ruandischer Hutu-Individuen und kongolesischer Banditen: Es sind Marginalisierte, die sich der Kontrolle der FDLR entziehen und in Gruppen von circa zehn Personen und mit großer Brutalität vorgehen (4). Diese ruandischen Hutus („so heißt es“) seien unterstützt von alten Mitgliedern der Brigade 104. Diese bestanden aus kongolesischen Soldaten, welche – nachdem sie der Bevölkerung des Gebietes von Walungu viel Zerstörung zugefügt hatten – geflohen seien und sich diesen Kräften angeschlossen hätten und ihnen als ortskundige Führer dienten (5).

Eine Person, die seit vier Jahren in diesem Gebiet lebt, bekräftigte, es gebe ihrer Meinung nach keine guten FDLR-Leute und schlechten Rasta-Leute. Dieselben Personen seien über Tag FDLR und Rastas in der Nacht. Anderer Meinung sind die (Mitglieder der) FDLR, die in der Zone der Uvira-Ebene sesshaft sind und die die Bevölkerung nicht angreifen: Sie meinen, die Bewaffneten, die in Walungu große Schäden anrichten, „sind jene Leute, die im Dienst von Paul Kagame stehen. (Sie tun das) mit dem Ziel, das Ansehen der FDLR zu beschmutzen und ihre sofortige Vertreibung zu fordern“.

4. Todesdrohungen in einer kurzen Zeitspanne

Wir haben in Walungu am 14. Mai eine Frau angetroffen, die seit ein- einhalb Monaten auf der verzweifelten Suche nach Geld ist, um das Lösegeld zu bezahlen. Sie war mit ihrem Mann, ihrer Tochter von 16 Jahren und weiteren sieben Familienmitgliedern verschleppt worden. Insgesamt gab es in dieser Gruppe ein Kind von 12 Jahren, zwei Mädchen von 16 Jahren, drei Frauen, vier Männer. Die FDLR forderten die Frau auf, in ihr Dorf zurückzukehren und 200 US\$ zum Loskauf der Gruppe zusammenzubringen; andernfalls würden sie sie töten. Die Zeitspanne endete am Sonntag, dem 15. Mai, um 11.00h. Die Frau war von Sinnen. Der Koordinator der Karavane hatte 200 US\$ dank der Solidarität der Christen der Kathedralpfarrei am Sonntagmorgen, dem 15. Mai, bekommen, und sofort brach er mit einem Motorrad nach Walungu auf, um die Frau zu suchen und ihr das Geld für die Lösesumme zu geben. Er fand die Frau erst um 17.00 h nachmittags. Auf den Rat der Leute hin war sie zum Regenwald aufgebrochen, um die Entführer anzuflehen, sich noch zu gedulden. Sie fand sie, wie sie schon begonnen hatten, ihre Familie zu foltern. Sie sagten ihr, der Preis habe sich geändert; sie müsse von nun an für Sonntag, den 22. Mai, zweitausend Dollar zusammenbringen. Der Leiter der Karawane brach auf und suchte die Frau bis in ihr Dorf hinein: ein fast zur Wüste gewordenes Dorf, wo es nichts gab außer zwei Alte am Ende ihrer Kräfte. Dort traf er die Frau und erhielt von ihr diese Nachricht. Er gab ihr die 200 US\$ und riet ihr, sie solle ihnen dieses Geld als Zeichen des „guten Willens“ bringen, damit sie die Zeitspanne verlängern.

5. Die Meinung der Vertriebenen des Sportplatzes über die Zuständigen:

- die traditionellen Autoritäten (autorités coutumières) und die des Staates: Sie kommen, sprechen, machen Versprechen, aber nichts ändert sich.
- Die FARDC-Militärs: Sie müssen sagen, dass die Situation der Sicherheit gut ist, was nicht wahr ist.

- die MONUC: In Walunge hat man uns gesagt, dass sie nur umherfahren; manchmal lassen sie sich von einer Kamera in Angriffspose aufnehmen ... Die Vertriebenen fühlen sich nicht von der MONUC beschützt. Auf die Frage hin, ob die MONUC bloß wirkungslos sei oder auch Komplize, antwortete uns ein Erwachsener: „Als zwei Soldaten der FARDC getötet wurden und die anderen die FDLR verfolgen wollten, hat die MONUC sie daran gehindert.“ Sie reden, aber tun nicht, was sie sagen.
- Die Journalisten und die internationale Presse: Die Interviewten sind es müde, Antworten zu geben, ohne dass sich etwas ändert.

Unsere Intention

Wir sind entrüstet angesichts der Vorstellung, dass diese Situationen ohne Gegenmittel sind. Denn vielmehr existiert das Gegenmittel, und wir sind entschlossen, (die Menschen) wachzurütteln und Druck auszuüben, zuerst auf die Kräfte, die dazu abgestellt sind, die Bevölkerung zu schützen: die Zivil- und Militärbehörden der Provinz und des Staates sowie die MONUC. Wir alarmieren auch die internationale Gemeinschaft. Dabei fühlen wir uns als Bevölkerung von Bukavu herausgefordert, auch andere eventuellen Basisinitiativen zu ergreifen.

Verfasst in Bukavu am 17. Mai 2005.

Drei Teilnehmer der Karawane:

Idesbald Byabuze Katabaruka, Vicky Ciharhula, Teresina Caffi.

ANMERKUNGEN.

1. Interahamwe: Hutus aus dem Regenwald, die die Bevölkerungen verschleppen, foltern und morden. Wir werden – gemäß einer der Bezeichnungen, die die Bevölkerung ihnen gibt – mit diesem Namen

immer jene bewaffneten ruandischen Hutus bezeichnen, die das Leben dieser Bevölkerungen angreifen und Blut vergießen. Sie sind verschieden von den FDLR: Forces Démocratiques pour la Libération du Rwanda (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas). Diese (die FDLR) wollen die Waffen niederlegen und nach Ruanda zurückkehren. Sie haben jüngst die Verträge von Rom unterschrieben.

2. Forces Armées de la République Démocratique du Congo = Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo

3. UNO-Streitkraft in der Demokratischen Republik Kongo zur Beobachtung und zum Schutz der Zivilbevölkerung.

4. Vgl. das Communiqué EurAC: „RDCongo/Sud-Kivu: le Gouvernement congolais et la Monuc doivent agir pour vraiment protéger les populations“ („Dem. Rep. Kongo/Süd-Kivu: Die kongolesische Regierung und die MONUC müssen zur Tat schreiten, um wirklich die Bevölkerungen zu schützen“), Brüssel, 15.04.2005.

5. Die Anwesenheit der Ex-Brigade 204 als ortskundige Führer der „Interahamwe“ wurde uns von Personen bezeugt, die wir in Walungu getroffen haben.

6. Zeugenaussage gegenüber den Mitgliedern der Société Civile de la Plaine de la Ruzizi („Zivilgesellschaft der Ruzizi-Ebene“: eine Nicht-regierungsorganisation, d.Ü.). Man wird sich daran erinnern, dass vielfältige Zeugenaussagen der Bevölkerung des Süd-Kivu in der Vergangenheit auf die Anwesenheit von Hutus auf diesem Territorium hingewiesen haben. Sie wurden unter der Bedingung aus den ruandischen Gefängnissen „freigelassen, dass sie in die Demokratische Republik Kongo gehen, dort im Bergbau arbeiten und wie die „Interahamwe“ die Bevölkerung attackieren. Auf diese Weise sollen sie die Präsenz Ruandas in der Demokratischen Republik Kongo rechtfertigen und das Territorium von der autochthonen Bevölkerung entleeren. Als die ruandischen Militärs in ihr Heimatland zurückkehrten, hat man nur Tutsi zurückkehren sehen.